



medico international

rund- schreiben 03/16

Türkei: Demokratie am Ende?
Freihandel: Rendite vor Gesundheit
Nicaragua: Tragödie und Farce

KOMMENTAR 4
SCHWERPUNKT SHRINKING SPACES
- TÜRKEI 10
- ISRAEL 19
- NICARAGUA 22
PROJEKTE – PROJEKTIONEN 26
TEXTIL/KIK 28
BRASILILIEN 31
SIERRA LEONE 34
FREIHANDEL UND GESUNDHEIT 38
MEDICO AKTIV 42
MEDICO MATERIALLISTE 44
SERVICE/IMPRESSUM 46

Liebe Leserinnen und Leser,

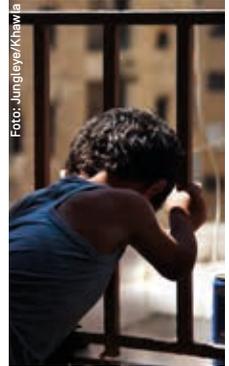
wie ist es möglich, dass eine Gesellschaft sich so verändert, dass eine große Gruppe von Menschen und ihre Repräsentanten „Gewalt zu einer Form von moralischem Verhalten“ machen können? Diese Frage stellte kürzlich die israelische Soziologin Eva Illouz in einem Essay für die Zeitung Haaretz. Der Text ist Teil einer Debatte um die Erschießung eines palästinensischen Attentäters, der bereits gefesselt und entwaffnet am Boden lag und trotzdem sterben musste. Der Vorfall führte letztendlich zum Rücktritt des Verteidigungsministers, weil sich Teile des Kabinetts hinter den Soldaten stellten, obwohl dieser offenkundig und nachweislich ohne Befehl gehandelt hatte. Die Sache ist deshalb von Bedeutung, weil

Regierungsvertreter einen gesetzlosen Akt legitimierten. Illouz sieht darin das Vorschreiten der „Siedlerideologie“. Diese „fundamentalistische, gesetzlose, anarchische und messianische Ideologie“ habe sich langsam aber sicher im Herzen des Staatsapparats etabliert. Die Folge: „Eine hypernationalistische Politik schafft eine Situation, die man als Krieg aller gegen alle bezeichnen muss.“ Die Normalisierung der Gewalt, so Illouz, führe zur „langsamen Auflösung der Ordnung und des Rechtsstaates“. Dass diese Entwicklung bis hinein in die politische Elite des Landes zu heftigen Verwerfungen führt, gerade in der Armee wird das deutlich, zeigt, wie ernst man die Analyse der Soziologin nehmen muss.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch die schwierige Situation der medico-Partnerinnen und Partner in Israel und den palästinensischen Gebieten. Darüber berichten wir fortlaufend. In diesem Heft veröffentlichen wir einen Text der israelischen Journalistin Amira Hass, die seit vielen Jahren in Ramallah als Korrespondentin lebt, über anonyme Bedrohungen gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern palästinensischer Menschenrechtsorganisationen in Europa. Ihr Text ist Teil eines Schwerpunktes über die enger werdenden Spielräume von Zivilgesellschaft. Ein Phänomen, das längst nicht nur Israel betrifft. Die im Heft angeführten Beispiele unterscheiden sich beträchtlich vor allen Dingen in ihren Auswirkungen auf die Betroffenen. In der Türkei drohen die Räume ganz zu verschwinden. In Israel und Nicaragua werden die Spielräume enger, aber sie sind noch vorhanden. Ähnlich sind sich die Fälle in einer Tendenz: Dass nämlich in allen genannten Ländern demokratische Verfasstheit und Rechtsstaatlichkeit ausgehöhlt und durch nebulöse simple Freund-Feind-Ideologien ersetzt werden. Dieses ideologische Projekt ist ein Globales, wie Thomas Gebauer in seinem Kommentar beschreibt.

Ich möchte an dieser Stelle keinen Zweckoptimismus verbreiten. Aber doch gibt es die Zeichen paradoxer Hoffnung, die immer wieder zu suchen und zu finden sind. Auch ihnen tragen wir Rechnung in diesem Heft: Seien es die Solaranlagen auf dem Dach des Kulturzentrums im Gaza-Streifen, die Klage gegen Kik, für die die pakistanischen Kläger nun Prozesskostenbeihilfe erhalten haben, oder der große Widerstand – auch in Deutschland – gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Drei von vielen Inseln der Vernunft, für deren Vermehrung man sorgen muss.

Herzlichst Ihre

Khawlas Sohn schaut aus dem Fenster der Wohnung, in der die syrische Familie ausharrt. Im überfüllten Flüchtlingslager Burj el Barajneh im Süden von Beirut sterben immer wieder Menschen an Elektroschocks durch offene Kabel und Haus-einstürze.

Sozialpo- litischer Amok



SECURITY

Was tun gegen die Enthemmung der Gewalt?

Von Thomas Gebauer

Zum bedauerlichen Zustand der herrschenden Politik gehört, dass sie immer wieder erstaunt auf Missstände reagiert, die sie zuvor selbst befördert hat. Das ist die Lehre aus dem multiplen Krisengeschehen der zurückliegenden Jahrzehnte. Der Klimawandel, der Hunger, die Finanzkrise, die sogenannte Flüchtlingskrise, die vielen kriegerischen Konflikte, die heute allerorten für Verheerungen sorgen, aber auch die Entthemmung der Gewalt, die hierzulande zu beklagen ist, sind nicht plötzlich vom Himmel gefallen, sondern Ergebnis einer Politik, die sich mehr und mehr den Vorgaben einer auf Wachstum und Rendite ausgerichteten Ökonomie unterworfen hat. Dabei hat sie sich auch ihrer politischen Handlungsoptionen beraubt. Zu den schwerwiegenden Folgen dieser von dem französischen Soziologen Pierre Bourdieu so treffend beschriebenen „Politik der Entpolitisierung“ zählt eine dramatisch angewachsene soziale Ungleichheit, die sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb der Gesellschaften festzustellen ist.

Während die Einkommen von Topverdienern immer üppiger werden, kommt das Gros der Menschen nicht voran. Auch und gerade in den reicheren Industrieländern musste die überwiegende Zahl der Haushalte in den zurückliegenden Jahren Einbußen erleiden. Erstmals, so heißt es, steht die jüngere Generation der 15- bis 35-Jährigen schlechter da als ihre Eltern. Die Hoffnung, dass es den Kindern einmal besser gehen würde, die den Verlauf der Moderne begleitet hat, verblasst. Wenn sie nicht Opfer einer

„Weltgesellschaftlich gesehen ist das Megathema der nächsten 30 Jahre nicht mehr Ökologie und nicht mehr nachhaltige Entwicklung, sondern Ungleichheit.“

Heinz Bude [2016]

grassierenden Jugendarbeitslosigkeit werden, bleibt vielen jungen Menschen nur die Aussicht auf unsichere und schlecht bezahlte Jobs. In Südeuropa hat bald schon jeder zweite junge Mensch keine berufliche Perspektive.

Zugleich wissen viele Haushalte nicht mehr, wie sie für die immer teurer werdenden Mieten aufkommen sollen. Eine schwedische Möbelausleiherkette wirbt bereits für Kinder-Doppelstockbetten, die im Wohnzimmer aufgestellt werden können. In London ist die Gentrifizierung inzwischen so weit vorangeschritten, dass Wohnen in der City zu einem kaum noch bezahlbaren Luxus geworden ist. Seit die Städte zur Beute der globalen Spekulation geworden sind, steht Wohnen nicht mehr für die Idee eines lebensgeschichtlich bedeutsamen Zuhauses, sondern allein noch für die exorbitanten Renditeerwartungen von Investoren. Dem Ausnahmezustand, der heute auf dem Wohnungsmarkt herrscht, können die Stadtverwaltungen kaum noch entgegensteuern. Diese Handlungsoption haben sie verloren, als sie das ehemals kommunale und gemeinnützige Wohneigentum privatisierten.

Die Liberalisierung der Märkte hat einer wachsenden Zahl von Menschen nicht ein Mehr an Wohlstand gebracht, sondern soziale Verunsicherung. Für nicht wenige stellt sich die Idee der Freiheit heute als Vogelfreiheit dar: als ein Leben bar jeder gesellschaftlichen Teilhabe, ohne soziale Anerkennung und Perspektive, im ständigen Gefühl, nicht gebraucht zu werden, überflüssig zu sein.

Das Schwarzwerden der Welt

Es sollte nicht verwundern, dass sich unter solchen Umständen Wut und Verzweiflung breitmacht. Nicht wenige der Betroffenen aber geben sich selbst die Schuld. Das zynische Credo des Neoliberalismus, wenn jede und jeder an sich denkt, ist auch an alle gedacht, legt eben nahe, dass auch ein Scheitern selbstverschuldet ist. Nicht nur den Boulevardmedien gilt heute Bildungsferne, Armut, der Verlust eigener Lebengrundlagen, das wachsende Unbehagen als eine personale Eigenschaft. Nicht mehr die sozialen Verhältnisse sollen für die Lage der Menschen verantwortlich sein, sondern die Menschen selbst. Die gesellschaftliche Polarisierung, die in einem solchen Menschenbild zum Ausdruck kommt, erinnert an längst überkommen geglaubte koloniale Spaltungen. Allerdings, so der französische Philosoph Etienne Balibar, sei der heutige Rassismus ein „Rassismus ohne Rasse“. Auf denselben Umstand, allerdings aus der Perspektive des Südens, hat der kamerunische Theoretiker des Postkolonialismus Achille Mbembe mit seinem Begriff des „Schwarzwerdens der Welt“ hingewiesen.

Auf Dauer aber lässt sich das Bedürfnis der Menschen nach Teilhabe und Anerkennung nicht missachten. Um ihr Selbstwertgefühl gegen die von außen aufgezwungenen Kränkungen zu schützen, suchen Menschen nach

Kompensation. Ein Wiedererlangen von Stärke kann dabei die Abgrenzung von anderen, die Gewalt gegen vermeintlich Schwächere, der Anschluss an identitätsstiftende Banden bzw. rechtsextreme und/oder religiös-fundamentalistische Gruppen suggerieren; schließlich auch der individuelle Amoklauf bzw. das, was islamistischer Terror genannt wird. So absurd es klingen mag, entspringt beides doch aus Lebensumständen, die von mangelnder Anerkennung, Langeweile und Verzweiflung geprägt sind.

Mit großer Weitsicht hat Anthony Burgess solche Gewaltverhältnisse bereits in den 1960er Jahren beschrieben. In dem später kongenial verfilmten Roman „Clockwork Orange“ machte Burgess aber zugleich deutlich, wie wenig erfolgversprechend es ist, enthemmter Aggression mit sicherheitspolitisch motivierter Strafverfolgung und Umerziehungsmethoden begegnen zu wollen. Gesellschaftlichkeit, deren Fundamente im Zuge wachsender Ungleichheit ins Wanken geraten, lässt sich weder mit zusätzlichen Mauern noch mit einer Politik des Wegschließens und auch nicht mit der Ausweitung von Sicherheitsapparaten dauerhaft retten. All den heute in Berlin, Paris und Brüssel diskutierten Gesetzesverschärfungen, so vernünftig das im Falle eines rigideren Waffenrechts sein mag, wird es nicht gelingen, der Gewalt wirksam zu begegnen. Mit Sicherheitspolitik wird die soziale Ungleichheit nicht beseitigt, sondern nur verfestigt. Am Ende solcher fataler Spiralen stehen nicht selten weitere Gewalt und schließlich der Ruf nach dem, was Politikerinnen und Politikern mitunter als einzig noch verbliebenes Mittel erscheint: das Militär.

Amoklauf des Neoliberalismus

Solange sich Politik auf bloßes Krisenmanagement beschränkt, muss sie scheitern. Die Lö-

sung der in der Welt herrschenden Probleme liegt nicht in einer Fortsetzung des sozialpolitischen Amoklaufs, mit dem der Neoliberalismus die Welt in den zurückliegenden Jahrzehnten verunsichert hat, sondern in einer Politik, die endlich auf sozialen Ausgleich setzt. Aber Vorsicht: Die Forderung, der Aushöhlung von Sozialstaatlichkeit endlich Einhalt zu gebieten, ist schnell formuliert und liest sich selbst in so manchem Parteiprogramm. Nimmt man sie aber ernst, verlangt sie nach tiefgreifenden Eingriffen in die bestehenden Verhältnisse. Es reicht nicht, hier und da ein paar „Stellschrauben“ zu drehen, um am Ende doch alles beim alten zu belassen. Der grassierenden sozialen Verunsicherung ist mit Sozialtechnik allein nicht zu begegnen. Mit eindrucksvollen Studien haben die britischen Sozialepidemiologen Kate Pickett und Richard Wilkinson aufzeigen können, wie Gewalt, Rassismus, Suizide, die Zunahme psychischer Erkrankungen und viele der anderen Probleme, die heute so lärmend von sich reden machen, mit dem Grad der Ungleichheit korrelieren, der in Gesellschaften herrscht. Die Gewalt ist unauflösbarer Begleitumstand von Gesellschaften, die sich der kapitalistischen Dominanz ergeben haben.

Und so muss Politik, die sich wirkungsvoll gegen die Enthemmung von Gewalt stellen will, zuallererst auf die Verteidigung und den Ausbau einer allen zugänglichen öffentlichen Daseinsvorsorge als Voraussetzung für Teilhabe und Verwirklichungschancen drängen. Gleichzeitig gilt es, der extremen Konzentration von Vermögen und Einkommen in nur wenigen Händen entgegenzutreten. Denn der Druck, der heute auf dem Wohnungsmarkt lastet, steht ebenso wie die in aller Welt voranschreitende Privatisierung des Bildungs- und Gesundheitswesens in einem prekären Zusammenhang mit der wachsenden Ungleichheit. Es sind jene im Zuge der globalen Entfesselung des Kapitalismus entstandenen gigantisch

aufgeblähten Kapitalvermögen, die heute auf der Suche nach rentablen Anlagemöglichkeiten die Erosion sozialstaatlicher Institutionen und gesellschaftlich verfasster Gemeingüter vorantreiben. Die astronomischen Mieten, die heute den Haushalten abverlangt werden, forcieren jenes Einkommens- und Vermögensgefälle, das den Druck auf den Wohnungsmarkt weiter erhöhen wird.

Gewaltprävention? Umverteilung!

Es ist höchste Zeit für den Griff zur Notbremse, um diese zerstörerische Dynamik zu unterbrechen. Sie ist längst zu einer Bedrohung der Demokratie geworden. Gewaltprävention verlangt nach Umverteilungsmechanismen, die auch vor den privaten Vermögen und den Gewinnen transnationaler Konzerne nicht Halt machen dürfen. Und sie müssen bereits am Ursprung der Vermögensbildung ansetzen. Wie das gehen könnte, dafür hat die schweizerische Initiative „1:12 – Für gerechte Löhne“ eine Idee präsentiert. Sie verlangt, dass in einem Unternehmen niemand mehr als zwölfmal so viel verdienen darf wie die am schlechtesten bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.



Shrinking

Wie Demokratie und Zivilgesellschaft weltweit unter Druck geraten





Spaces

Zivilgesellschaften eraten

Die neoliberale Globalisierung schafft nicht nur überall in der Welt das Phänomen, dass die Kluft zwischen arm und reich wächst. Parallel dazu werden demokratische Räume, in denen sich Zivilgesellschaft entfalten und in denen Diversität stattfinden kann, immer kleiner. Der identitäre Populismus, der sich in Windeseile überall verbreitet, schafft abgrenzende Zuschreibungen und Feindbilder, die sich zum Teil in handfeste Bedrohungsszenarien für viele Partnerinnen und Partner von medico verwandeln. An drei unterschiedlichen Beispielen aus der Türkei, Nicaragua und Israel beschreiben wir auf den folgenden Seiten die sogenannten Shrinking spaces, die die medico-Unterstützungsarbeit verändern werden.

Ende aller Hoffnungen auf Demokratie?

Wohin steuert die Türkei nach dem Putschversuch und den Reaktionen der AKP-Regierung?
Auf der Suche nach einem Ausweg

Es ist richtig festzustellen, dass Erdoğan den gescheiterten Putsch aus Teilen der Militärs dafür nutzt, eine neue Form des populären Autoritarismus zu institutionalisieren. Er verlässt dafür die repräsentative Form des allmächtigen und allgegenwärtigen Staatspräsidenten und etabliert sich als bonapartistischer Führer. Durch den Ausnahmezustand entmachtete Erdoğan das parlamentarische System, entledigte sich der öffentlichen Meinungsfreiheit und setzte die verfassungsmäßig garantierten Bürgerrechte aus – die in den kurdischen Gebieten der Türkei ohnehin nie galten.

Gibt es somit nur zwei gleichermaßen schlechte Alternativen, quasi „Faschismen“ in der Türkei – hier Erdoğan, dort die Putschisten? Nein, das wäre ein gefährlicher Vergleich, der die Militärs verharmlosen und Erdoğan unnötig dämonisieren würde. Ein erfolgreicher Putsch wäre eine menschliche und politische Katastrophe für die Türkei gewesen. Insoweit spricht es für die türkische Gesellschaft, dass dieser Putschversuch am aktiven Widerstand der AKP-Anhängerinnen sowie -Anhänger und der passiven Verweigerung der säkularen Mittelklasse gescheitert ist. Wichtig ist auch, dass sich die kurdische Opposition vorbehaltlos gegen den versuchten Staatsstreich positionierte – und zugleich den Autoritarismus der Regierung kritisierte.

Die aktuelle Verhaftungs- und Suspendierungswelle im türkischen Staatsapparat weckt Erinnerungen an finsterste Säuberungsaktionen. Zugleich ist es aber auch der Versuch, jede Form von geheimer Herrschaft innerhalb der Staatsbürokratie endgültig auszuschalten. Die Rolle des Gülen-Netzwerkes wird jetzt propagandistisch aufgebläht, aber de facto war es über mehrere Jahrzehnte eine ungeheure Macht im Staat, die nicht nur die Politik, sondern auch weite Bereiche des Militärs kontrollierte. Ohne das Gülen-Netzwerk wäre eine im Kern plebejische Partei wie die AKP niemals in der Lage gewesen, die ersten zehn Jahre ihrer Herrschaft gegenüber der alten kemalistischen Elite zu überdauern. Gülen hatte die Intelligenz des Apparats, Erdoğan besaß das Vertrauen der Massen. Gülens Bewegung ist mit einer Art islamistischer Scientology vergleichbar, die AKP mit einem islamischen Front National. Einig waren sich beide in ihrer reaktionären Frömmelerei und ihrem religiösen Führerkult; verbunden waren sie in ihrem Hass auf alle Linken und durch ein tiefes antikurdisches Ressentiment.

Jetzt versucht Erdoğan seinen alten Koalitionspartner unwiderruflich zu liquidieren. Gülenisten hatten sich offenbar mit kemalistischen Hardlinern im Militär verbunden. Der geschei-



Foto: REUTERS/Murad Sezer

Ein Foto aus einer anderen Zeit: Die Aktivistin Ayse Diskaya hängt während der Gezi-Proteste 2013 in Istanbul einen Zettel an einen Wunschbaum.

terte Putsch bedeutet für sie mehr als nur ihr politisches Todesurteil. Wenn Zehntausende Beamte und Militärs verhaftet oder suspendiert werden, wird ihnen auch die ökonomische Lebensgrundlage genommen. Zahlreiche Militärs, die noch vor Kurzem im Krieg gegen die kurdische Bevölkerung als Helden der Nation galten, werden nun im Fernsehen nackt, geschlagen und ihrer Würde beraubt als „Vaterlandsverräter“ vorgeführt. Die umfassende Säuberung birgt große Unruhe. Unzählige Schlüsselfunktionen müssen umgruppiert oder neu besetzt werden, die Staatsbürokratie ist extrem geschwächt, niemand scheint mehr sicher.

Entmachtung des Militärs

Im Rahmen dieser gesellschaftlichen Paradoxie setzt der Staatspräsident eine Reform des Militärapparates durch, von deren die liberale

und linke Opposition in der Türkei bestenfalls träumen konnte. Die türkischen Streitkräfte, die bisher eine in den NATO-Staaten einmalige Stellung außerhalb jeder parlamentarischen Kontrolle besaßen, werden der Regierung untergeordnet. In den bürgerlichen Demokratien Westeuropas ist das der Normalzustand, für die Türkei ist es ein historischer Vorgang. Die Befehlshaber des Heeres, der Marine und der Luftwaffe sind nicht mehr dem Generalstab rechenschaftspflichtig, sondern allein dem Verteidigungsministerium. Die Befehlsgewalt liegt von nun an beim Minister und dem Staatspräsidenten. Auch die schwer bewaffnete Gendarmerie, eine besonders in den kurdischen Gebieten gefürchtete Heereseinheit zur inneren Aufstandsbekämpfung, wird der Generalität entzogen und dem Innenministerium unterstellt. Sämtliche Militärakademien des Landes – bislang Hort der kemalistischen Stahlhelmdemokratie, in denen die militärische Elite in

einem von der Außenwelt abgeschotteten Internatswesen ihren Offiziersnachwuchs aus 14-jährigen Kadetten heranzüchtete – werden geschlossen und in eine von der Regierung kontrollierte neue „Verteidigungsuniversität“ überführt. Die höheren Offiziersränge werden erstmals für die religiöse Bewegung zugänglich und damit auch der gesellschaftlichen Realität angepasst.

Jede bürgerliche Regierung wäre allein bei dem Ansinnen einer solchen Heeresreform vom Militär weggefegt worden. Nachdem das Militär sich politisch selbst erledigt hat, kann Erdoğan nun aber handeln – und hat in dieser Frage eine Bevölkerungsmehrheit hinter sich, die weit über seine eigene Gefolgschaft hinausgeht. Doch auch hier zeigt sich die Widersprüchlichkeit der aktuellen Transformation: Die Armeereform der AKP verwandelt das Militär formal in eine Parlamentsarmee – was im westlichen Sinne als „modern“ gilt – und sie öffnet die Streitkräfte zugleich für einen religiösen Autoritarismus. Anders ausgedrückt: Ein Staatspräsident versucht aus einer ihm ideologisch noch immer feindlich gesonnenen Armee seine eigene „Revolutionsgarde“ zu formen.

Parallel gibt es eine beispiellose Mobilisierung der Straße gegen den gescheiterten Militärputsch, die von Erdoğan in Form eines andauernden Plebiszits benutzt wird. Es ist eine Massenmobilisierung, die von der Regierung organisiert und kontrolliert wird. Zugleich hat sie einen spontanen und plebejischen Charakter, in der die Stimme der „ungehörten muslimischen Mehrheit“ die Straße bestimmen will. Es ist nicht die gesellschaftliche Mehrheit, wie die gleichgeschaltete türkische Medienlandschaft zu behaupten versucht, aber die aktive Menge ist tagtäglich groß genug, um zu verdeutlichen, dass all jene, die bereit waren sich den Panzern in den Weg zu stellen, auch in der Lage wären, jede zivile Opposition gegen die

AKP und deren Vorstellung einer „islamischen Nation“ militant zu bekämpfen.

Fakt ist, dass es in der Türkei derzeit keine Alternative zu Erdoğan und der AKP gibt. Solange kein alternatives gesellschaftliches Angebot der Opposition existiert, bleibt die AKP die einzige Macht im Staat. Das Image der AKP basiert noch immer auf dem Narrativ, der tatsächliche Akteur der späten Demokratisierung der Türkei zu sein. Sie entwickelte zu diesem Zweck sehr flexible Mechanismen der Umverteilung in Form von sozialen Diensten, die besonders den unterprivilegierten Bevölkerungsschichten zu Gute kamen. Es ist eine klientelistische Politik der Sozialhilfe, die bewusst nicht als Gesetz in der Staatsbürokratie verankert wurde, sondern unmittelbar an das Netzwerk der Partei gekoppelt bleibt. Insoweit haben jene Armen das Gefühl alles zu verlieren, wenn sie die AKP als Regierungspartei nicht mehr unterstützen würden.

Ist für Erdoğan die Demokratie nur Mittel zum Zweck, und ist er in Wahrheit ein „religiöser Faschist“, wie viele behaupten? Auf der Ebene der Phänomene und Bilder mag das stimmen, analytisch ist er aber eher Protagonist eines kompetitiven Autoritarismus, wie er auch in Russland zu beobachten ist. Es ist eine Form der illiberalen Demokratie, gekoppelt mit einem neoliberalen Oligarchenkapitalismus, in der verschiedene Parteien konkurrieren und reguläre Wahlen stattfinden. Zugleich wird die Opposition unter massiven Druck gesetzt. Insoweit ist Erdoğan nicht so weit von einem europäischen Ungarn unter Orbán entfernt. Die „fortgeschrittene Demokratie“, wie Erdoğan die aktuelle Phase nach dem gescheiterten Putsch nennt, ist daher keine nahöstliche Spielart eines überkommenen Despotismus, sondern die sehr moderne Idee einer antagonistischen Mehrheitsdemokratie. Der neoliberale Kapitalismus hat damit keine Probleme. Ähnliche Entwicklungen

im asiatischen Raum zeigen, dass die autoritäre Demokratie eher das Role Model der globalen Wirtschaftsordnung der Zukunft wird, denn ihre liberale, westliche Spielart der europäischen Nachkriegsordnung.

Zarte Hoffnungsschimmer

Ein demokratischer Ausweg ist dennoch denkbar, allerdings findet er nun unter nochmals erschwerten Bedingungen statt. Innerhalb der Türkei sind ca. 30.000 Menschen verhaftet worden, knapp 80.000 Staatsbürgerinnen und -bürger wurden die Pässe entzogen. Die öffentliche Meinung in den Massenmedien ist quasi gleichgeschaltet, zahlreiche Journalistinnen sowie Journalisten sind suspendiert und verhaftet worden – darunter auch sehr viele linke und kurdische Medienaktivistinnen und -aktivisten. Seit längerem versucht Erdoğan auch die kritische Intelligenz an den Hochschulen auszuschalten. Die türkische Linke jedoch ist trotz lokaler Stärke und Mobilisierungsfähigkeit auf gesamtgesellschaftlicher Ebene quasi nicht existent. Ihr reduktionistischer Revolutionstraditionalismus macht sie letztlich unattraktiv für das individuelle Freiheitsbedürfnis einer neuen modernen linken Jugend- und Subkultur, wie sie sich in den Protesten um den Gezi-Park 2013 artikuliert. Die kurdische HDP-Partei steht unter extremem Druck – ihr droht die Verhaftung ihrer aktivsten Generation und damit das Ende eines Versuches, die Interessen einer urbanen liberal-demokratischen Wählerschaft im türkischen Westen mit den Forderungen der kurdischen Bevölkerung im kurdischen Osten nach Anerkennung, kommunaler Selbstverwaltung und kultureller Autonomie zu verbinden.

Eine demokratische Alternative allein aus den kurdischen Gebieten und deren Partei, der HDP, ist aussichtsloser denn je. Die Wiederkehr der

Massaker im Südosten (siehe den nachfolgenden Beitrag) zwingt die kurdische Politik entweder in die Kapitulation des Wartens auf eine neue, mögliche Geste der Konzilianz Erdoğans oder in eine militärische Konfrontation, die in sich die Tendenz zum destruktiven Bürgerkrieg trägt. Was tun? Richtig bleibt, was Selahattin Demirtas zuletzt in Izmir auf einer Kundgebung sagte: „Multireligiöse Gesellschaften können nur durch den Laizismus zusammengehalten werden.“

Einen Schimmer von Hoffnung vermittelt auch das kurdische Angebot an die demokratische Opposition in der Türkei, eine neue plurale und demokratische Allianz zu konstituieren, die sowohl die Rückkehr des kemalistischen Ancien Régime ablehnt als auch Tendenzen zum religiösen Führerstaat bekämpft. Mehr denn je geht es in der Türkei jetzt darum, alle ausgeschlossenen Gruppen der Gesellschaft zu einem gemeinsamen radikal-demokratischen Zukunftsblock zusammenzuführen. Dieses Projekt verlangt vor allem die Transformation des „Türkischseins“ in die Idee einer offenen pluralen Gemeinsamkeit, in der die Differenz der anderen – exemplarisch die Rechte und der Status der Kurdinnen und Kurden – nicht als Gefahr, sondern als Komponente wirklicher Demokratie begriffen wird. Für die kurdische Bewegung geht es aber auch um die erneut eröffnete Frage, ob eine demokratische Gesellschaft und damit die Anerkennung eines kurdischen Kommunitarismus im Hier und Jetzt dieser Türkei tatsächlich möglich ist.

Dieser Text ist die gekürzte Version eines medico-Positionsapiers zur Lage in der Türkei. Siehe die Vollversion unter www.medico.de/tuerkeipapier.

Nicht einmal Ruinen bleiben



Foto: Duygu Yildiz

Nach den Kämpfen kommen Enteignung und Abriss. Zivile Strukturen sollen gelähmt und das Leben der kurdischen Bevölkerung quasi unmöglich werden.

Türkei. Wie der türkische Staat die kurdische Selbstverwaltung im Südosten des Landes zu zerstören versucht. Ein medico-Reisebericht

Es ist Usus bei medico, dass Kolleginnen und Kollegen im Haus von ihren Dienstreisen berichten. Oft sind das Schilderungen aus Konfliktgebieten. Selten aber hat ein Bericht das Kollegium so erschüttert wie der, den wir an dieser Stelle nacherzählen. Mit dem aktuellen Einmarsch türkischer Truppen nach Syrien scheint diese Erzählung bereits wieder überholt. Denn dass dieser Militäreinsatz vor allem das Erstarren kurdischer Kräfte in Syrien verhindern soll, gilt mittlerweile als ausgemacht. Dennoch beleuchtet der Bericht die Perspektive und Wahrnehmung der kurdischen Partner, die eine eigene historische Erfahrung mit dem türkischen Nationalismus haben, der sich immer wieder rassistisch gegen das Kurdische wendet und nun auch noch religiös unterlegt ist.

Ankunft im südostanatolischen Suruc, das syrische Territorium ist nur einen Steinwurf entfernt. In den letzten Jahren war Baran* derjenige, den man ansprechen musste, wollte man die Grenze ins nahe Kobanê überqueren. Er kannte die Mittel und Wege und soll die Passage von mehr als 3.000 LKWs mit Hilfsgütern organisiert haben. Auch für medico-Mitarbeiter hat er immer wieder Wege gefunden. Darum geht es auch heute. Auszuloten, wie die Unterstützung der medico-Partner vor Ort und des Wiederaufbaus von Kobanê fortgesetzt werden kann. Doch die Situation hat sich verändert. Bei der Frage, ob er uns auf syrisches Territorium bringen könne, wird Baran blass. Seit Monaten

habe fast nichts und niemand mehr die Grenze passiert. Um zu verdeutlichen, wie gefährlich die Lage geworden ist, erzählt er davon, was sich wenige Tage zuvor zugetragen hat. Eine Frau in Suruc litt unter akutem Nierenversagen. Um sie zu retten, war ihr Bruder in Kobanê bereit, eine Niere zu spenden. Zwischen ihnen lag nur die alte Bahnstrecke der Bagdadbahn – die Grenze. Als sich der gehunfähige Mann dieser in seinem Rollstuhl näherte, sei er von türkischen Grenzschützern erschossen worden. „Nein“, schüttelt Baran den Kopf, „aktuell könne auch er nichts tun.“ Zudem hat er ein Problem: Der türkische Staat hat mehrere Strafverfahren gegen ihn erlassen. Damit ist er nicht allein. Gegen zahlreiche Menschen, die sich für den kurdischen Widerstand gegen den IS, für die Versorgung von Flüchtlingen und den Wiederaufbau Kobanês eingesetzt haben, geht der Staat mit juristischen Mitteln vor. Der Vorwurf ist stets der gleiche: die Unterstützung terroristischer Aktivitäten.

Pulverisiertes Kulturerbe

Wir ziehen weiter nach Diyarbakir. In der kurdischen Großstadt ist nicht einmal mehr der Blick auf das Nichts gestattet. Sur, der alte Stadtkern, ist abgesperrt. Hinter dem meterhohen Zaun lag bis vor wenigen Monaten das Herz der Stadt, ein uraltes Viertel, kulturgeschichtlich so wertvoll, dass es die UNESCO erst ein Jahr zuvor zum Weltkulturerbe erklärt



Foto: REUTERS/Sertac Kayar

Zum Zuschauen verdammt: In der Nacht wurde das Haus dieser Familie in der Nähe von Diyarbakir zerstört.

hat. Kurze Zeit später aber eskalierte die Lage. Die türkische Armee setzte Panzer und Kampfjets ein. Luftaufnahmen von Anfang 2016 zeigen, dass weite Teile der Altstadt schwer beschädigt wurden. Der Zaun aber soll verbergen, was aus Sur geworden ist. Den Menschen, die am Rand der Zone leben, ist es sogar verboten, auf ihre Dächer zu steigen. Eine Unaufmerksamkeit der allgegenwärtigen Soldaten aber macht es möglich, einen Blick durch eine Lücke zu werfen: Von weiten Teilen Surs ist nicht einmal mehr eine Ruinenlandschaft geblieben. Den Panzern sind Abrissbagger und Planiermaschinen gefolgt und haben das Viertel dem Erdboden gleichgemacht. An den Gebäuden am

Rande prangen riesige rote Flaggen mit weißem Halbmond.

Man habe in Sur einen Aufstand der PKK bekämpft, sagen die türkische Armee und die Regierung. Die Menschen in Diyarbakir erzählen eine andere Geschichte. Und die beginnt beim Angriff des „Islamischen Staates“ auf Kobanê im Herbst 2014. Aus Diyarbakir und vielen anderen Städten und Dörfern machten sich Jugendliche auf den Weg, um die Stadt zu verteidigen. Hier haben sie erlebt, dass das AKP-Regime den IS beim Angriff auf Kobanê aktiv unterstützt hat. Das hat sie gelehrt, dass der türkische Staat zu allem bereit ist. Gleichzeitig sind sie angesichts

der erfolgreichen Befreiung der Stadt mit neuem Selbstbewusstsein nach Hause zurückgekehrt. Sie waren entschlossen, sich und ihr Viertel zu schützen. Doch nachdem Städte und Gemeinden in der Region die kurdische Selbstverwaltung verkündet haben, legte das AKP-Regime den Hebel um.

Sterk war eine der Jugendlichen, die Ende 2015 Barrikaden zum Schutz ihrer Viertel errichtet hatten. „Ein PKK-Aufstand?“ Sie muss lachen. „Unter uns waren gerade einmal vier PKK-Kämpfer. Wir anderen wollten verhindern, dass es uns so ergeht wie unseren Eltern. Wir wollten uns nicht einfach erschießen lassen oder nachts abgeholt werden.“ Niemand aber hatte damit gerechnet, dass das Militär so massiv vorgehen würde. Nach drei Monaten waren die Kämpfe vorüber. Von den 90 Jugendlichen haben neben Sterk nur zwei andere überlebt. Alle sagen, dass die Situation noch nie so schlimm gewesen sei wie in den vergangenen Monaten. Die wochenlangen Ausgangssperren, die Scharfschützen – und mitzuerleben, wie das Zuhause zerstört wird. Wie es weitergehen wird in Sur? Manche meinen, dass die große staatliche Baufirma TOKI mit dem Wiederaufbau beauftragt wird. Manche glauben, dass hier Hotels hochgezogen werden, andere Wohnanlagen. Eines aber scheint klar: Für die bisherigen Bewohner wird hier nicht gebaut.

Die Keller von Cizre

Das, was sich in Diyarbakir ereignete, hat sich in vielen kurdischen Städten der Region zugezogen. So auch in Cizre. Wir treffen Leyla Imrit. Sie, in Cizre geboren und in Bremen aufgewachsen, hat dort als Friseurin gearbeitet und ist erst vor drei Jahren mitten im Friedensprozess nach Cizre zurückgekehrt. Ihrem Vater und dessen Verdiensten für die kurdische Sa-

che zu Ehren ist sie zur Bürgermeisterin gewählt worden. Das war in ruhigeren Zeiten. Plötzlich aber herrschte Krieg. Auch Leyla ist wegen „terroristischer Propaganda“, „Anstiftung zur Rebellion“ und vielem mehr angeklagt und ihres Amtes enthoben worden. Sie darf das Land nicht verlassen. „Ich weiß gar nicht, warum ich noch lebe.“

In Cizre gibt es eine ähnliche Brache wie in Sur. Sie hat traurige Berühmtheit erlangt, weil in den Kellern der Häuser, die hier vor wenigen Monaten noch standen, Hunderte Menschen gestorben sind. Unter die Erde gezwungen hatte sie der Beschuss der Militärs und über Wochen dauernde Ausgangssperren. Wer die Straße betrat, drohte getötet zu werden. „Wir hatten Vorräte deponiert. Aber irgendwann hatten wir kein Wasser mehr, weil Scharfschützen die Tanks auf dem Hausdach zerschossen hatten“, erzählt ein Mann. Er berichtet vom Schicksal seines Bruders. Bei dem Versuch, Wasser aufzutreiben, ist dieser angeschossen worden. Dass er überlebt hat, beweist ein Video, das er von einer Krankenhausstation aus geschickt hatte. Trotzdem ist er heute tot. Seine verkohlte Leiche wurde in einem ausgebrannten Keller gefunden – neben 300 anderen. „Wie ist er dort wohl hingekommen?“, klagt der Mann an.

Auch die Schuttwüste in Cizre ist Sperrgebiet. Niemand kann noch nach Spuren oder auch verbliebenen Habseligkeiten suchen. Eine Menschenrechtsanwältin erzählt, dass die Bewohner systematisch enteignet und ihres gesamten Hab und Gutes beraubt worden sind. Auch hier findet eine Landnahme statt. Die Anwältin berichtet, dass unzählige Petitionen an europäische Regierungen und internationale Institutionen geschrieben wurden, das Unrecht zu stoppen. Aber es gab keine Antworten. Sie erzählt von Fällen, bei denen Angehörige von kurdischen Gefallenen gerichtlich gezwungen wer-

den, Entschädigungszahlungen an Angehörige von Gefallenen auf türkischer Seite zu zahlen. Sie und andere wollen gegen diese „Sippenhaft“, die offenkundig internationales Recht bricht, klagen. Doch das kostet Geld.

Strafanzeige auf Strafanzeige

Vielerorts in der Region wird weiterhin gekämpft. In Diyarbakir und Cizre schweigen die Waffen inzwischen weitgehend. Aber der Krieg geht auf andere Weise weiter. Militärs verhängen Ausgangssperren. Bauarbeiter demolieren Stadtviertel. Spezialeinheiten fahnden nach Gesuchten. Ingenieure aus Ankara planen den Wiederaufbau im türkischen Sinne. Richter erlassen Strafanzeige auf Strafanzeige. Banken frieren per Handstreich Konten von kurdischen Organisationen ein. Gewählte Bürgermeister werden entlassen und die Selbstverwaltung wird torpediert und kriminalisiert. All das soll dafür sorgen, dass zivile Strukturen gelähmt werden und das Leben der kurdischen Bevölkerung quasi unmöglich wird. Es zielt darauf, die Verhältnisse vor Ort komplett umzuwandeln. Das kaum fassbare dabei: Wütend und traumatisiert sind fast alle Menschen, die wir auf der Reise getroffen haben. Niemand aber wirkt niedergeschlagen. Eine Frau in Cizre sagt es so: „Gestern haben wir Kobanê verteidigt und Hilfe gesammelt. Heute sind wir dran. Und wer weiß, für welchen Teil Kurdistans wir uns morgen einsetzen müssen.“

*

Einige Wochen und einen Putschversuch später. Entgegen mancher Erwartungen hat die Verfolgung der Putschisten nicht zu einem Nachlassen der Repressionen gegen die Kurdinnen und Kurden im Südosten geführt. In den vergangenen Wochen gab es Durchsuchungen von HDP-Büros, Inhaftierungen von Politikern

und die wichtigste kurdische Zeitung wurde geschlossen. Auch der Abriss ganzer Stadtteile geht weiter. In Nusaybin wurde die Ausgangssperre erneut um einen Monat verlängert. Gleichzeitig werden an vielen anderen Orten erstmals Ausgangssperren verhängt.

* Name von der Red. geändert.

Eine der wichtigsten Organisationen, die angesichts der humanitären Katastrophe vor Ort Hilfe leisten, ist der medico-Partner Rojava Hilfs- und Solidaritätsverein (Rojava Dernegî). Mit ihm unterstützt medico u.a. die Reparatur beschädigter Häuser in Yüksekova und leistet medizinische Nothilfe in Sirnak. Doch die Arbeit des Vereins wird immer wieder erschwert: Es kam zu Kontensperrungen und Verhaftungen bis hin zur Beschlagnahmung von Hilfsgütern. Dennoch geht die Arbeit auf kreativen Umwegen weiter. Gegen juristische Willkür durch Behörden kämpft die Mesopotamia Lawyers Association (MHD). Während der Kämpfe bemühten sich die Anwälte um Zugang zu Verletzten, leisteten Beistand für Gefangene und dokumentierten Menschenrechtsverletzungen. Heute kommt die Unterstützung für Menschen hinzu, die enteignet und vertrieben werden. medico unterstützt diese Arbeit durch die Übernahme von Gerichtskosten.

Spendenstichwort: Kurdistan

Blumenstrauß als Drohung

Anonyme Angriffe gegen palästinensische Menschenrechtsorganisationen in Europa

Von Amira Hass

Er stellt sich als Abu Nabil vor, aber Arabisch ist nicht seine Muttersprache. Leute aufzuspüren und ihnen mit Mord zu drohen ist sein Geschäft. Man darf annehmen, dass er dafür ein Gehalt bekommt. Er arbeitet mit einem Team, das mit modernster Technologie gerüstet ist, um Personen zu überwachen und zu lokalisieren. Am 25. Februar rief Abu Nabil zu Hause bei der Familie von Nada Kiswanson in Schweden an. Sie ist eine palästinensische Anwältin mit schwedisch-jordanischer Staatsangehörigkeit. Er warnte ihre Familie: Für den Fall, dass Kiswanson ihren Arbeitgeber nicht verlasse, werde sie die Familie nie wiedersehen.

Kiswanson, 31, lebt mit ihrem Mann und ihrer kleinen Tochter in den Niederlanden. Als Angestellte der palästinensischen Menschenrechtsorganisation Al Haq ist sie die permanente Verbindungsperson zum Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Zwei Wochen vor dem Drohanruf hatten Kiswanson und ein Kollege des Al Mezan Menschenrechtszentrums aus Gaza dem Gericht einen umfassenden Bericht über den „Schwarzen Freitag“ in Rafah am 1. August 2014 (während der israelischen Militäroperation in Gaza d.Red.) übergeben. Dieser Bericht ist Teil der Dokumente, die der Gerichtshof im Rahmen der vorläufigen Untersuchung erhalten hat. Er muss entscheiden,



Issam Younis, Direktor von Al Mezan.

ob die Möglichkeit, dass während der „Operation Fels in der Brandung“ Kriegsverbrechen verübt wurden, weiter untersucht wird.

Wenige Tage nach dem Anruf bei ihrer Familie wurde Kiswanson von einer Frau angerufen, die sich als Mitarbeiterin des niederländischen Gesundheitsministeriums ausgab. Sie bat die Anwältin um die Teilnahme an einer Erhebung über den Zika-Virus. Die Alarmglocken sprangen zu dem Zeitpunkt noch nicht an. Kiswanson gab ihre Adresse preis. Dann rief Abu Nabil bei ihr zu Hause auf dem Festnetz an. Er arbeite für den palästinensischen Geheimdienst und wolle warnen: Ihr Leben sei in Gefahr. Das-



Foto: Anne Paq

Hussein Hamad, Mitarbeiter vom medico-Partner Al Mezan, sammelt Informationen im nördlichen Gazastreifen.

selbe gelte für Al Haq-Direktor Shawan Jabarin. Nachforschungen ergaben, dass das Gesundheitsministerium an keiner Erhebung über den Zika-Virus arbeitete.

Die Anrufe und Drohungen gingen weiter. Kiswanson wechselte ihre Telefonnummer, ließ sich aus sämtlichen Verzeichnissen austragen und begann schließlich, das Telefon ihres Mannes zu benutzen. Aber sobald sie ihre Kollegen in Ramallah anrief, wurde ihre Nummer identifiziert. Ihre Adresse auf der Anwendung für geschützte Kommunikation „Single“ wurde ebenfalls identifiziert. Drohungen und Warnungen wurden nun auch dorthin geschickt. Kiswansons Computer wurde gehacked und abgestellt. Ein Blumenstrauß mit Grußkarte, gezeichnet von Abu Nabil, wurde zu ihr nach Hause geschickt. Der Strauß wurde aus Amsterdam geschickt.

Die Polizei fand heraus, dass jemand sieben Mal versucht hatte, dafür über das Internet mit einer Luxemburger Kreditkarte zu bezahlen. Als diese Versuche fehlschlagen, kam der Käufer in den Blumenladen. Auf Überwachungskameras ist er aber nicht zu finden.

In Kiswansons Nachbarschaft wurde ein Flugblatt mit dem Namen von Al Haq verteilt, das um diverse Sachspenden für Flüchtlinge in Holland bat. Als Sammelstelle wurde ihre Heimadresse angegeben, und die Hilfsgüter begannen sich vor ihrem Eingang in unübersehbarem Umfang zu stapeln. Die Nachbarn waren außer sich vor Wut über das Chaos. Am 10. August erhielt ihr Kollege von Al Mezan, als er sich in Europa aufhielt, eine Email mit sechs Photos des Hauses, in dem er wohnte – und der Drohung, ihn und seine Familie zu ermorden.

Die Morddrohungen überschatteten andere Angriffe auf Mitarbeiter von Al Mezan, Al Haq und des Palästinensischen Zentrums für Menschenrechte – also der drei palästinensischen Organisationen, die daran arbeiten, Israel vor den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zu bringen. Ihre Emails wurden gehackt, und seit Februar haben sie eine Flut von Nachrichten erhalten, die darauf abzielten, Ärger zwischen ihnen und ihren Direktoren zu erzeugen, falsche Gerüchte in Umlauf zu bringen und gefälschte Angebote zu Arbeit mit Flüchtlingen in Europa zu machen. Einrichtungen im Ausland, die die drei Organisationen unterstützen, erhielten ebenfalls anonyme Anrufe und wurden aufgefordert, die Unterstützung wegen Korruptionsvorwürfen gegen die palästinensischen Organisationen einzustellen.

Staatsanwalt Simon Minks von der Bezirksstaatsanwaltschaft in Den Haag leitet die Ermittlungen über die Drohungen gegen Kiswanson. Laut der niederländischen Zeitung NRC, die zuerst berichtete, ist Minks auf internationale Verbrechen wie Kriegsverbrechen und Terrorismus spezialisiert. Die vorläufige Schlussfolgerung des Ermittlers ist, dass nicht private Einzelpersonen dahinter stecken. Die palästinensischen Organisationen schlussfolgern, dass die Drohungen beweisen, dass die öffentlichen und rechtlichen Schritte, um Israel in Den Haag vor Gericht zu bringen, denjenigen Sorgen machen, die besorgt sein sollten.

Übersetzung: Riad Othman

Hindernislauf

Menschenrechtsarbeit wird immer schwieriger

medico unterstützt drei palästinensische Menschenrechtsorganisationen. Al Haq arbeitet vorwiegend in der Westbank. Adalah setzt sich für die Rechte der israelischen Palästinenser ein. Al Mezan ist im Gazastreifen tätig. Als Menschenrechtsorganisationen untersuchen sie Einschränkungen derselben auf israelischer wie palästinensischer Seite und sind bis zu einem gewissen Grad Anfeindungen und Behinderung ihrer Arbeit gewohnt. Im Zuge der Polarisierung des Konflikts verstärken sich in beiden Gesellschaften jedoch antidemokratische Tendenzen und werden menschenrechtliche Normen in Frage gestellt werden. In dem asymmetrischen Konflikt, in dem die einen besetzt sind und die anderen Besatzer, findet hier ein ähnliches Phänomen statt. Die Räume für die Arbeit der Menschenrechtsorganisationen werden kleiner. Aber kein Prozess ohne Widersprüche, die es zu nutzen gilt. Auch auf Drängen der palästinensischen Menschenrechtsorganisationen hat die palästinensische Autonomie-Behörde die Jurisdiktion des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag anerkannt. Das hat wiederum den Weg geebnet Menschenrechtsverletzungen dort vor Gericht zu bringen, falls das zuständige Gerichtswesen vor Ort nicht fähig oder willens ist für Recht zu sorgen. Die Versuche der Partner Adalah und Al Mezan, vor israelischen Institutionen Gerechtigkeit für Opfer aus Gaza zu erlangen, sind bisher gescheitert. In keinem der zahlreichen Verdachtsfälle auf Kriegsverbrechen, die die Organisationen beim Militärgeneralanwalt eingereicht haben, wurde bislang Anklage erhoben. Deshalb schon frühzeitig die Überlegung in Den Haag zu klagen.

Spendenstichwort: Israel-Palästina

Dieser Artikel erschien erstmals auf Englisch in der Online-Ausgabe der israelischen Tageszeitung Haaretz vom 17. August 2016

Tragödie und Farce

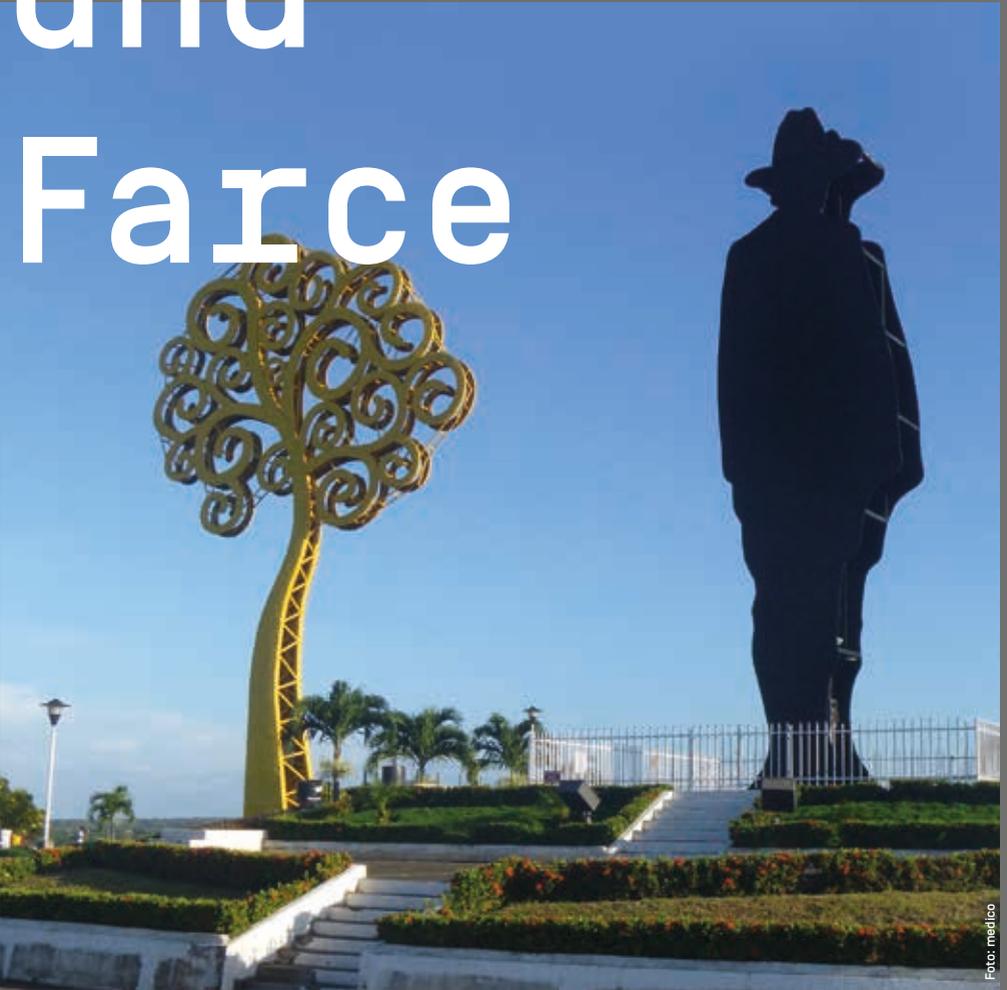


Foto: medico

Nicaraguanisches Stilleben in Managua: Sandino-Silhouette neben Metallbaum. Ortegas Ehefrau Rosario Murillo ließ Dutzende dieser Bäume in der Stadt aufstellen.

Nicaragua: Wie die Ortegas ihre Macht verewigen wollen. Ein Interview mit dem Soziologen Roberto Stuart Alemendárez*

medico: Wie würden Sie die Sandinisten heute beschreiben?

Roberto Stuart Almendárez: Es hat sich bei den Sandinisten eine Strömung durchgesetzt, die jetzt und wohl auch künftig die Regierung und den Präsidenten stellen wird. Ich würde sie fast als faschistisch bezeichnen. Das klingt hart, wenn man bedenkt, woher die Frente Sandinista ursprünglich kommt. Aber ihre Weltanschauung trägt meiner Ansicht nach solche Züge. Sie halten sich für besser als alle anderen gesellschaftlichen Gruppen. Sie sprechen davon, dass durch ihre Venen „sauberes, reines Blut“ fließt. Sie tragen „Märtyrergene“. Diese Sprache ist Ausdruck für ein neues politisches Projekt der Sandinisten, das sie immer weiter kultivieren. Hinzu kommt die Frau von Ortega, Rosario Murillo.

Welche Rolle spielt sie?

Sie fügt dem ganzen Gemisch noch eine Portion Mystizismus und Aberglaube hinzu. Sie liest in den Sternen, die ihrer Aussage nach die politischen Geschicke des Landes, also die Verewigung der Ortega-Herrschaft, bestätigen. Sie macht aus ihrem Mann einen Messias. Das geht soweit, dass sie sich selbst als direkte Nachfahrin von Sandino und Rubén Darío bezeichnet. Sie stellt sich als die Verbindung dieser zwei Nationalhelden dar: Der Guerillero und der Dichter hätten sich in ihr vereinigt. Also sind auch ihre Kinder die Synthese aus all dem. Sie inszenieren sich als Paar, das in seiner Legitimität nicht angezweifelt werden kann. Sie

stehen über jeder Kritik, weil sie eine reine Herkunft haben. Eine politische Herrschaft, die genetisch legitimiert wird.

Woher kommt das?

Das hat sicher mit der Wahlniederlage der Sandinisten von 1990 zu tun, was ja die Niederlage eines militärisch-revolutionären Projektes war. Hier kommt Lenín Cerna ins Spiel, eine Schlüsselfigur in der Sandinistischen Front. Gut ausgebildet und belesen, Geheimdienstchef in den 1980er Jahren. Nach der Abwahl der Sandinisten wurde er zum Organisationschef der Partei. Er betrieb eine geradezu machiavellistische Überwachungspolitik in der Partei. Das gab es zwar schon während der Revolution, aber eben nicht systematisch. Nun aber wurde der Verschwörungsvorwurf zum zentralen Mittel, um die Partei auf Stromlinie zu bringen. Mittlerweile ist er allerdings abgeschoben. Die Politik allerdings wird weiterbetrieben und perfektioniert. Hinzu kam ein wichtiger ökonomischer Aspekt. Nach der Wahlniederlage wurden die ökonomischen Ressourcen der Sandinisten wie eine Piñata aufgeteilt. Viele auch bekannte Mitglieder der Partei versuchten sich in privaten Geschäften. Der eine gründete eine Fluglinie, der andere ein Restaurant.

Das hat aber doch nicht funktioniert.

Nein, fast alles scheiterte. Einzig erfolgreich war Bayardo Arce, der sich mit dem transnationalen Konzern Cargill zusammentat und Agri-Corp gründete, ein bis heute sehr erfolg-

reiches Agrarunternehmen. Damit haben sich diese Teile der Sandinisten mit der kapitalistischen Elite zusammengetan und sich so eine sichere ökonomische Basis verschafft. Die Lehre lautete: Nicht mehr einzeln als Unternehmer scheitern, sondern lieber weniger verdienen, aber sich mit dem großen Kapital verknüpfen. Was für ein Kapital das ist, ob es aus den USA, China oder Venezuela kommt, ist vollkommen egal. Die Hauptsache ist, man erlebt nicht noch mal die Erfahrung der Wahlniederlage und alles, was damit auch für die Individuen an Machtverlust und Existenzangst verbunden war. Sie wollen sich und ihre Familien, also auch ihre mittlerweile erwachsenen Kinder absichern. Und das ist ihnen durch die Allianz mit dem Großkapital auch gelungen. Ökonomisch sind die sandinistischen Unternehmen mittlerweile so eng mit allem verzahnt, dass es schwierig wird, deren ökonomische Macht zu brechen. Denn das würde viele Menschen mit betreffen.

Ist die ökonomische Macht wichtiger geworden als die politische?

Man darf nicht vergessen, dass diese Sandinisten sich auch den Staat angeeignet haben. Es reicht nicht aus, sie mit klientelistisch-populistischen Systemen des Peronismus in Argentinien oder der PRI in Mexiko zu vergleichen. Sie haben den Staat ähnlich wie die Mafia auch benutzt, um viel Geld zu waschen. Sie erhielten viele Milliarden Petrodollar aus Venezuela. Es ist ihnen gelungen, dass mindestens die Hälfte dieses Geldes in ihren Unternehmen landete. Das würde ich als mafiotisch bezeichnen. Mafiotisch ist auch, dass sie von vielen Menschen als Schutzmacht verstanden werden. Ihr Motto lautet: „Es passiert nichts, wenn alle etwas zu essen haben.“ Dafür sorgen sie und schaffen gleichzeitig undurchsichtige ökonomische Strukturen, in denen sie öffentliche Hand und privater Aktionär gleichzeitig sind. Das verbunden mit einem revolutionären Diskurs hat dafür

gesorgt, dass sie eine große Anhängerschaft haben und Hegemonie ausüben können.

Haben die Menschen da nicht recht? Immerhin gibt es Sozialprogramme, von denen sie profitieren.

Nehmen wir als Beispiel das Programm „plan techo“. 750.000 Familien sollen darüber Zinkbleche und Schrauben erhalten haben, um ihre Dächer zu verbessern. Das Programm wurde aus der Kooperation mit Venezuela finanziert. Die Kosten dafür lagen im zweistelligen Millionenbereich. Aus Venezuela aber kamen drei bis fünf Milliarden. Wo ist der Rest des Geldes? Die meisten Menschen in Nicaragua fragen sich das nicht. Vielmehr wird das Programm gefeiert, als habe man nie zuvor etwas bekommen.

Wie fügt sich die Idee, einen gigantischen Kanal durch Nicaragua zu bauen, in das Bild?

Ich glaube, dass Ortega sich mit dem linksliberalen Präsidenten Juscelino Kubitschek in Brasilien vergleicht. Ortega sieht sich ebenfalls als großen Transformator Nicaraguas. Kapitalistische Vorbilder wie Roosevelt gehen nicht. Linke Modernisierer wie Stalin oder Mao auch nicht, weil das blutige Modernisierungsprojekte waren. Damit will man sich nicht vergleichen. Also Juscelino Kubitschek, ein linksliberaler Präsident Ende der 1950er Jahre, der Megaprojekte wie die Gründung der Hauptstadt Brasilia ins Leben rief. Das ist die Liga, in der Daniel Ortega spielen will. Es geht nicht nur um die eigene Absicherung. Er sieht sich als Politiker von Weltrang. Und der Kanal ist ein Projekt, sich unsterblich zu machen.

Umfragen sagen die Wiederwahl von Präsident Ortega im November 2016 voraus. Wird sich die Dynastie so verewigen?

Ich hoffe nach wie vor auf unterschiedliche Blöcke in der FSLN. Der bereits erwähnte Bayardo Arce gehörte bislang zu der pragmatischen Fraktion, die die esoterischen Ausflüge von Da-

niel Ortegas Ehefrau, die nun auch für die Vizepräsidentschaft kandidiert, mit Skepsis verfolgt. Als Tomas Borge, ein alter Ortega-Mitstreiter, noch lebte, hat er sich klar gegen Rosario Murillo ausgesprochen und sogar mit Spaltung gedroht. Arce hat keinen verschrobene Blick auf die Zukunft, sondern will den ökonomischen Einfluss sichern und die sandinistische Familie schützen. Die totalitäre Haltung von Ehefrau Rosario Murillo, die alles kontrollieren will, ist in dieser Hinsicht gefährlich. Nun hat sie mit der Vizepräsidentschaft sicher ihre Machtposition verstärkt.

Noch mal zum Nicaragua-Kanal. Sie glauben nicht, dass er gebaut wird. Warum?

Es hatte gute klimatische und seismische Gründe, warum die USA den Kanal entgegen ihrer ursprünglichen Pläne damals nicht in Nicaragua bauten. Dass die Ortega-Regierung das Projekt trotzdem vorantreibt und dabei alles tut, jeglichen Widerstand zu behindern und zu unterdrücken, hat verschiedene Gründe. Zum einen gibt es ökonomische Interessen, denn im Zuge des Projektes kann man viele interessante kleinere Projekte realisieren, die ökonomisch sehr attraktiv sind. Zum anderen haben wir eine Kultur des amerikanischen Kapitalismus. Das hat mir ein europäischer Freund schlüssig erklärt: Danach ist unsere kapitalistische Kultur in Lateinamerika stark von den USA geprägt. Eine kapitalistische Kultur des Konsums und des Glücksspiels im Gegensatz zu einer eher europäisch-calvinistischen Kultur. Wir verschulden uns und beteiligen uns an einer Lotterie in der Hoffnung den Hauptgewinn zu erzielen. Der Kanal ist ein perfekter Ausdruck dieser Kultur: Irgendetwas wird passieren, auch wenn wir nichts dafür tun. Unsere Gesellschaften brauchen Hoffnung und seien sie nur eine Illusion. Auch das erfüllt die Kanalidee. Die Sandinisten verwalten diese Illusion sehr gut. Und falls er dann doch nicht gebaut wird, werden sie sagen, dass man sehr viel dadurch gelernt habe

und international im Gespräch war. Tatsächlich aber wird man im Zuge dieses Großprojektes sehr viel darüber erfahren haben, wie die Besitzverhältnisse aussehen und wo sich lukrative Standorte befinden. Mit diesem Wissen werden sie sicherlich etwas anzufangen wissen.

Das Interview führte Katja Maurer

**Roberto Stuart Almendárez ist Programmverantwortlicher beim nicaraguanischen Zentrum für Studien und politische Analysen CEAP.SA und beschäftigt sich u.a. mit Fragen der nachhaltigen Landwirtschaft und neuen Formen partizipativer Demokratie*

Shrinking spaces, also die Behinderung zivilgesellschaftlicher Tätigkeit, gehört seit Jahren in Nicaragua zum politischen Alltag. Die Methode lautet: Nadelstiche, deren Herkunft nicht immer zu klären sind. Auch beim medico-Projektpartner Popol Na kam es zu unerwarteten internen Auseinandersetzungen um die Kritik am Kanalprojekt. Viele Vermutungen machten die Runde, warum plötzlich ein Kollege die Meinung grundlegend wechselte. Ganz offenkundig waren andere Fälle, wo angesehene Wissenschaftler aufgrund ihrer Kritik am Kanalprojekt aus dem Amt gedrängt wurden. Popol Na setzt nichtsdestotrotz die Arbeit fort. Popol Na war eine der ersten Organisationen, die sich intensiv mit dem Thema Kanalkonzession beschäftigt hat und Gegenöffentlichkeit organisiert.

Spendenstichwort: Nicaragua

Projekte Projektionen



Endlich Strom

Gaza: Solaranlage im Jugendzentrum in Khan Younis in Betrieb

Der Gazastreifen unterliegt seit Jahren einem strengen Einfuhrregime. Darunter fällt auch vieles, was für den Aufbau und die Instandhaltung der Infrastruktur unerlässlich wäre, um die Bevölkerung auf einem Mindeststandard zu versorgen – etwa elektrische Bauteile, mit denen man sich unabhängig vom heillos überlasteten öffentlichen Netz mit Strom versorgen könnte. Von der allgegenwärtigen „Energiekrise“ ist auch das Schulungszentrum für Kinder und Jugendliche in Khan Younis des medico-Partners Culture & Free Thought Association (CFTA) betroffen: IT-Unterricht, Musikklassen, Arbeit im Hörfunkstudio, AG Natur-

wissenschaften – ohne Strom ist vieles kaum möglich. Und Generatoren sind nicht nur laut und schmutzig, sondern auch teuer. Doch die Leiterin des Zentrums, Amal Khudair, die ihren Traum, einmal Ingenieurin zu werden, als Bewohnerin von Gaza früh aufgeben musste, scheut solche Herausforderungen nicht. So arbeitet sie seit Langem an der Installation einer eigenen Solaranlage. Schließlich kann niemand die Einfuhr der Sonne unterbinden. Nach monatelangem Warten sind nun endlich die notwendigen Komponenten eingetroffen und das Zentrum hat seine Stromautonomie geschaffen. Auf dem Foto präsentiert CFTA-Sprecherin Majeda Al-Saqqa die neue Anlage. Überschüsse werden übrigens ins Netz eingespeist.

Spendenstichwort: Israel-Palästina

Wider das Drama

Südafrika: medico-Partner auf internationaler Aidskonferenz

16 Jahre ist es her, dass die erste internationale Aidskonferenz in Durban das Drama der Aidskrise und des Patentschutzes, der dringend benötigte Medikamente unerschwinglich macht, an die Weltöffentlichkeit brachte. Nun trafen sich am gleichen Ort erneut 20.000 Wissenschaftlerinnen und Aktivisten, darunter medico-Partner aus Südafrika sowie das Marsa-Zentrum für Sexuelle Gesundheit aus dem Libanon, um eine Zwischenbilanz zu ziehen. Das Motto: Zugang für alle, Gerechtigkeit jetzt! Zwar gibt es durchaus Erfolge, etwa die Zahl von weltweit 17 Millionen kontinuierlich behandelten Menschen. Der Zweckoptimismus der globalen Institutionen wie UNAIDS, die schon das „Ende von Aids“ ausrufen wollten, ist aber weit von der Realität entfernt. Allein in Südafrika infizieren sich jedes Jahr über 300.000

Menschen neu, jeder fünfte Erwachsene trägt den HIV-Virus in sich und nur jeder zweite von diesen ist in Behandlung. Auf der Konferenz demonstrierten die Aktivistinnen und Aktivisten daher auch kraftvoll gegen die drohenden Kürzungen der globalen Finanzierungsprogramme. Und weil sich Aids allein mit Medikamenten nicht besiegen lässt, ist der Einsatz mehrerer medico-Partner wie Sinani, des südafrikanischen People's Health Movement und Section 27, die in einem gemeinsamen Projekt die Selbstorganisation der Community Health Care Worker in Südafrika unterstützen, von großer Bedeutung: Sie unterstrichen die entscheidende Rolle, die die Gesundheitsarbeiterinnen in den Gemeinden in der Versorgung und Prävention von HIV und Aids spielen. Und dies wurde endlich auch von UNAIDS bei den Schlussreden der Konferenz anerkannt. Ein großer Erfolg der Gesundheitsbewegung.

Spendenstichwort: Südafrika

Mit allen Mitteln

Guatemala: Menschenrechtsaktivisten werden akut bedroht

„Der Widerstand des Systems wird noch enorm sein“, warnte der Anwalt Michael Mörth in Guatemala angesichts der enormen Erfolge in der strafrechtlichen Verfolgung von Menschenrechtsverbrechen und Korruption in Guatemala in den vergangenen Jahren immer wieder. Mörth, der vor Ort für die medico-Partner Internationale Juristenkommission (ICJ) und Bufete de Derechos Humanos arbeitet, sollte recht behalten: Mit allen Mitteln wehren sich die herrschenden Eliten gegen drohende Verurteilungen und eine Demokratisierung. Zuletzt gab es eine neue Welle von Bedrohungen und Einschüchterungen gegen Menschenrechts-

und Umweltaktivistinnen und -aktivisten. Im August 2016 überfielen nun bewaffnete Männer die Wohnung des ICJ-Vertreters und Mörth-Kollegen Ramón Cadena. Sie stahlen ein Notebook und zwei Handys. Die medico-Partner von der ICJ und andere Anwaltsbüros streiten seit Jahren für die Rechte der Opfer des Bürgerkriegs, zum Beispiel im Genozidprozess gegen den früheren Diktator Ríos Montt, der maßgeblich für Massaker an der indigenen Bevölkerung verantwortlich ist. Außerdem unterstützen sie Gemeinden, die von Bergbauprojekten betroffen sind. Der Angriff auf Ramón Cadena ist ein klares Signal. Es ist zu befürchten, dass sich die rechten Machtzirkel reorganisieren und auch vor weiterer Gewalt nicht zurückschrecken.

Spendenstichwort: Guatemala

Eine gegen KIK



Foto: Holger Priedemuth

Saeeda Khatoun hat im Feuer von Ali Enterprises ihren Sohn verloren. In Deutschland kämpft sie um Entschädigung und Anerkennung.

Eine erste Entscheidung gegen das Textilunternehmen: Pakistanische Kläger erhalten Prozesskostenbeihilfe

Von Thomas Seibert

Am 31. August 2016 war die Meldung in allen Tageszeitungen: Das Landgericht Dortmund hat seine lange erwartete Entscheidung getroffen und im Verfahren gegen KiK vier Textilarbeitern aus Pakistan Prozesskostenbeihilfe zugesprochen. Das Gericht hat damit nicht nur bestätigt, für den Fall zuständig zu sein und die Klage ernst zu nehmen. Es hat sich auch auf ein Wagnis eingelassen, für das es bis heute kein Vorbild gibt. Denn Katastrophen wie der Brand beim KiK-Zulieferer Ali Enterprises, bei dem am 11. September 2012 260 Menschen verbrannt und erstickt sind, werden normalerweise nicht dort verhandelt, wo der internationale Auftraggeber sitzt. Wenn überhaupt, wird vor Ort gerichtet, durch Staatsanwälte und Richter, bei denen das Schicksal und das Wort einfacher Arbeiter aus den Slums wenig ins Gewicht fallen. Das ist jetzt anders: Mit der Gewährung von Prozesskostenbeihilfe hat das Gericht den Klägerinnen und Klägern auch die Möglichkeit zugesprochen, aus dem fernen Karatschi nach Dortmund zu reisen, um ihre Sache persönlich vorzutragen.

Für KiK wird das jetzt zum ernstesten Problem. Wie andere global aktive Unternehmen behauptet der Discounter, von den konkreten Umständen vor Ort nichts gewusst zu haben. Die Kläger aber können jetzt persönlich beedeinen, dass Vertreter des westfälischen Unternehmens die Fabrik Ali Enterprises mehr als einmal besucht und deshalb auch gesehen haben müssen, wie es um die Brand- und Gebäudesicherheit steht.

Besonders gefreut hat die Meldung aus Dortmund Saeeda Khatoon. Sie ist eine der vier Klägerinnen und Kläger und heute Wortführerin der Ali Enterprises Fire Affectedes Association (AEFAA). Gegründet mit der Hilfe des medico-Partners National Trade Union Federation (NTUF), haben sich in ihr die Familien der Überlebenden und der Hinterbliebenen zusammengeschlossen. Ihre Vereinigung ist ihnen zunächst ein Ort gegenseitigen Beistands: Mit dem Tod des Vaters oder der Mutter, des Ehemannes oder der Frau, der Tochter oder des Sohnes ging allen auch ein Einkommen verloren, für das kaum jemand einen Ersatz gefunden hat. Darüber hinaus ist die AEFAA zu einer Stimme geworden, die für alle Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter das Wort ergreift: „Wir wollen keine Almosen, wir wollen Gerechtigkeit und wir wollen, dass sich ein solches Unglück nicht wiederholt.“

Von Karatschi nach Westfalen

Beim Brand von Ali Enterprises hat die heute fünfzigjährige Saeeda Khatoon ihren einzigen Sohn Ijaz verloren. Er war erst achtzehn Jahre alt, arbeitete aber schon seit vier Jahren bei Ali Enterprises. Als sie vom Ausbruch des Feuers erfuhr, rannte sie sofort zur Fabrik, harrte wie alle anderen Stunde um Stunde aus: „Ich wollte wissen, wo mein Sohn ist. Die Arbeiter waren in den Flammen gefangen. Einige sprangen vom Dach, um ihr Leben zu retten. Die anderen

verbrannten. Wir mussten mit ansehen, wie die Menschen vor unseren Augen starben.“

Wie eindringlich sie für sich und die anderen Hinterbliebenen spricht, zeigt der medico-Film „Wir klagen gegen KiK“. Gedreht wurde er im Juni 2016, als Saeeda mit dem Mitkläger Abdul Aziz und Nasir Mansoor von der NTUF zu einer Rundreise nach Deutschland kam, bei der das Programm kaum dichter hätte sein können: Gespräche im Ministerium für Entwicklung, Treffen mit Bundestagsabgeordneten, eine Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin, gut besuchte öffentliche Veranstaltungen in Düsseldorf, Lünen, Frankfurt und Bönen in Westfalen, dem Hauptsitz von KiK, Interviews mit Zeitungen, Radiostationen und TV-Sendern. Im Ministerium, vor den Journalisten wie auf den Veranstaltungen spricht Saeeda von ihrer nicht zu stillenden Trauer, aber auch von den insgesamt drei Klagen, die sie vor verschiedenen Gerichten eingereicht haben: in Deutschland gegen KiK, in Italien gegen die Gutachterfirma RINA und ihr frei erfundenes Zertifikat zur Gebäudesicherheit, in Karatschi gegen die Besitzer der Fabrik.

Wie wichtig die Dortmunder Klage ist, zeigt der Prozessverlauf in Karatschi. Dort ist das Verfahren zum Teil einer Intrige geworden, die mit dem Schicksal der Arbeiter von Ali Enterprises gar nichts zu tun hat, weil es allein um die politi-

sche Macht in der 20-Millionen-Metropole geht. Genützt hat das den Besitzern von Ali Enterprises: Sie wurden freigesprochen. Saeeda Khattoon lässt sich davon nicht aufhalten. Sie hat mittlerweile auf ihrer ersten großen Demonstration in den Straßen von Karatschi gesprochen und sich in ihrer Rede direkt an Pakistans Premierminister Nawaz Sharif gewendet, der den Hinterbliebenen von Ali Enterprises eine lebenslange Rente versprochen hat. Der Premierminister hat sein Versprechen so wenig gehalten wie KiK die gleich nach dem Brand gegebene Zusage, eine internationalen Maßstäben entsprechende Entschädigung zu zahlen. Das alles wird jetzt in Dortmund zur Sprache kommen, vor dem Landgericht.

Der Film zur Klage: www.medico.de/kik-klage

Im Rahmen der langjährigen Zusammenarbeit mit der National Trade Union Federation hat medico auch die Gründung der Ali Enterprises Fire Affectees Association unterstützt. In Vorbereitung und Durchführung der Klage gegen KiK kooperieren wir zugleich mit der Berliner Anwaltsorganisation European Center for Constitutional and Human Rights.

Spendenstichwort: Textil



Vor der Veranstaltung: Schülerinnen und Schüler der Geschwister-Scholl-Gesamtschule in Lünen.

Ende einer Phase

Brasilien: Welche Folgen haben Machtwechsel und neoliberaler Kurs für das Land und ganz Südamerika? Fragen an Antonio Martins



Foto: Gabriela Leite

Antonio Martins ist Gründer und Redakteur des Debattenportals und medico-Partners Outras Palavras.

Das Großereignis Olympia ist bewältigt. Die tiefgreifende Krise Brasiliens aber setzt sich fort. Das endgültige Aus der linken Präsidentschaft wirft Fragen für die Zukunft eines auf Emanzipation und Gerechtigkeit ausgerichteten Projekts weit über das Land hinaus auf.

Die Partei PMDB des Interimspräsidenten Michel Temer hat die PT-Regierungen unter Lula da Silva und Dilma Rousseff lange gestützt. Jetzt hat sie den Umsturz bewirkt. Wie schätzt du die neue Situation und Regierung ein?

Die Interimsregierung besteht aus einer Gruppe reicher weißer und vorwiegend alter Männer. So saß in dem Kabinett während des Amtsenthebungsverfahrens gegen Dilma zum ersten Mal seit 1979 keine einzige Frau. Das ist ein

starkes Symbol. Innerhalb weniger Tage hat diese Gruppe ein Bündel harter Maßnahmen getroffen. Einige betreffen die Verwaltung. Unter dem Vorwand, sparen zu wollen, wurden zehn Ministerien geschlossen, darunter das zur Umsetzung der Agrarreform, das für Frauen, für Jugend und für Kultur. Im Falle des Kulturministeriums musste die Regierung den Beschluss nach einer Reihe von Protestaktionen zurücknehmen. Diese Schließungen sind dennoch dramatisch. Ist ein Ministerium mit seiner ganzen institutionellen Struktur erst einmal geschlossen, wird es sehr teuer, das Ganze nach einem Ende der illegitimen Regierung wiederherzustellen.

Was für eine Politik setzt sich da gerade durch?

Zurzeit haben hier alle das Gefühl eines großen politischen Rückschritts. Ein Beispiel: Seit Jahren kämpfen Abgeordnete, die dem christlichen Fundamentalismus nahestehen, gegen die Politik der Ministerien für Frauen und Jugend für eine geschlechtersensible Pädagogik und die Anerkennung unterschiedlicher sexueller Orientierungen. Genau diese Ministerien wurden jetzt dichtgemacht. Ein zweites Maßnahmenbündel betrifft den Etat. Die neue Regierung konnte dank ihrer großen Mehrheit im Kongress einen Nachtrag zum Haushalt beschließen, der ihr rund 33 Millionen Euro mehr zur Verfügung stellt. Anders als üblich wurde

ihre Verwendung nicht festgelegt. Zu vermuten ist, dass mit dem Geld die vielen kleinen, aber wichtigen Interessen bedient werden, von denen die Mehrheit für Temers Regierung abhängt. Gleichzeitig will die Regierung ein Gesetz durchbringen, das den Anteil der Ausgaben in jeder Haushaltskategorie für mehrere Jahre einfriert – abhängig von den Steuereinnahmen. Wurden im Jahr 2016 zum Beispiel fünfzehn Prozent der Steuergelder für Gesundheit verwendet, ist dieser Prozentsatz für bis zu zehn Jahre fix. Das ist deshalb schlimm, weil die Steuereinnahmen 2016 aufgrund der Krise sehr niedrig sind. Steigende Kosten, etwa infolge einer Epidemie, können so nicht ausgeglichen werden. Am wichtigsten ist jedoch, was nicht eingefroren wird: Die Ausgaben für die Zinszahlungen an Banken und Gläubiger. Dadurch steigt der Anteil an Steuereinnahmen, den der Staat an die Finanzoligarchie überweist.

Viel ist auch von geplanten Privatisierungen die Rede, etwa des halbstaatlichen Mineralölunternehmens Petrobras.

Die Temer-Regierung plant ein Gesetz, das die Privatisierung von jeder staatlichen Firma erlaubt, inklusive der Staatsbank und von Petrobras. Das Gesetz würde aber nicht automatisch die Privatisierung bedeuten und ich glaube nicht, dass momentan das Klima günstig ist, um die brasilianische Staatsbank oder Petrobras zu privatisieren. Fakt ist aber: Die Regierung schafft die institutionelle Grundlage für den Verkauf.

Du hast auch von großen Rückschritten in den internationalen Beziehungen gesprochen.

Der neue Außenminister von der PSDB, der klassisch neoliberalen Partei, hat angekündigt, sich von der Fokussierung auf Südamerika und die BRICS-Staaten abwenden und zu einer „pragmatischen Diplomatie“ zurückkehren zu wollen. Das meint nichts anderes als die Rückkehr zu den alten Beziehungen mit den

USA und Europa. Der Anschluss an die großen Freihandelsabkommen wird wahrscheinlich kommen. Relativ schnell könnte es ein Abkommen zwischen dem Mercosur, dem Gemeinsamen Markt Südamerikas, und der Europäischen Union geben. Dafür wirbt auch Argentinien unter Macri. Die zu erwartenden Folgen sind weitreichende Zugeständnisse für transnationale Konzerne und Angriffe auf soziale und Umweltrechte.

Welchen Anteil hat Dilma Roussef selbst an der aktuellen Situation?

Die Rückkehr zum Neoliberalismus begann mit ihrer zweiten Amtszeit. Das war insofern erstaunlich, als sie während des Wahlkampfs noch einen Schwenk nach Links angekündigt hatte, mit einer Vertiefung der sozialen Maßnahmen, die Lula begonnen hatte. Aber unmittelbar nach ihrer Wahl kündigte sie dann einen „Finanzausgleich“ an, der stark an die europäische Austeritätspolitik erinnerte. Ich glaube, Dilmas Sinneswandel hatte zwei Gründe: zum einen die mangelnde Tiefe ihrer Überzeugungen, zum anderen wollte sie mit der Finanzoligarchie ein Bündnis eingehen, um so in Ruhe regieren zu können. Der angekündigte Linksschwenk war nichts anderes als Wahlkampf-taktik.

Warum ist ihre Strategie des Machterhalts nicht aufgegangen?

Die Einsparungen im Sozialbereich haben letztlich die Tür zum Amtsenthebungsverfahren geöffnet. Lulas Stärke war die Fähigkeit, mit der ärmsten Bevölkerung in einen Dialog zu treten und sie an sich zu binden. Als die Politik unter Dilma wechselte, soziale Rechte infrage gestellt wurden, Einkommen und Arbeit nicht mehr sicher waren, zerriss das Band mit den Unterschichten. Die Eliten haben das sehr schnell verstanden und eine Konfrontation begonnen, die mit dem Amtsenthebungsverfahren endete.

Wie stabil ist die Regierung unter Temer?

Seine Partei ist zwar die stärkste Fraktion, aber auch sie steckt bis über beide Ohren im Korruptionssumpf. Es gibt allerdings ein ideologisch gefestigtes neoliberales Lager. Für das ist es gar nicht schlecht, wenn auch an Temers Name der Ruf der Korruption haftet. Denn stürzen Temer und die PMDB, könnten die Neoliberalen den frei werdenden Raum in der Regierung besetzen. Die Mehrheit im Kongress wird es machen wie immer: Sieht sie die Regierung geschwächt, wird sie von Temer mehr und größere Begünstigungen fordern. Und diese Begünstigungen wiederum können zu neuen Anzeigen und einer weiteren Schwächung der Regierung führen.

Zurzeit wird viel vom Ende der lateinamerikanischen Linksregierungen gesprochen. Wie siehst du das aus brasilianischer Perspektive?

Ich würde nicht sagen, dass es das Ende einer Epoche ist – eher das Ende einer Phase mehr oder weniger sanfter Reformen in ganz Südamerika. Argentinien, Brasilien, Venezuela sind die klassischen Beispiele, aber auch Rafael Correa in Ecuador hat Probleme und sogar Evo Morales verliert an Stärke. In Chile sorgt die zweite Bachelet-Regierung für weitere Rückschritte. In Uruguay bleibt zwar die Frente Amplio stark, aber ihre geopolitische Bedeutung ist leider sehr begrenzt. Die PT war ein zentraler Teil dieser Strömung. Ihre Reformen waren zwar noch weniger strukturell als anderswo – sie tasteten weder die Klassenverhältnisse noch den Fokus auf den Extraktivismus an und gegen die Medienoligopole wurde gar nichts unternommen. Gleichzeitig war Brasilien aufgrund seines Gewichts der Akteur, der am stärksten auf den Wandel der geopolitischen Situation Südamerikas hingearbeitet hat. Die Region ist nicht mehr der Hinterhof der USA. Sie hat sich stärker auf sich selbst konzentriert und ein eigenes Profil in den internationalen Beziehungen gewonnen. Das hat enorm

dazu beigetragen, günstige Bedingungen für Chavez, Correa und Morales herzustellen.

Wie geht es weiter in Brasilien? Welche Perspektiven hat die Linke?

Es mag das Ziel der Eliten sein, die Zeit auf vor 1988 zurückzudrehen. Aber der Versuch, gegen die sozialen Errungenschaften vorzugehen, die seit dem Ende der Diktatur erreicht wurden, wird sein Echo finden. Beispielsweise könnte es zum Wahlsieg eines eher linken Kandidaten bei den Wahlen 2018 führen. Ein Teil der Linken, der eher institutionell ausgerichtet ist, hat sich in den traditionellen Machtspielen eingerichtet und keine Alternative mehr anzubieten. Daneben gibt es eine noch junge Linke, die eher auf Protest ausgerichtet ist. Ihre antikapitalistischen Visionen haben sich aber noch nicht zu einer konsistenten Politik entwickelt. Die Herausforderung der nächsten Jahre wird es sein, das Reifen dieser Haltung und ihre Entwicklung zu einem politischen Projekt zu fördern. Hierzu müsste sie, vielleicht noch stärker als Lula das getan hat, mit den Mittelschichten in Dialog treten, die starke Widersprüche zum Neoliberalismus haben – etwa weil sie viel Geld für Gesundheit, Bildung und Wohnen ausgeben müssen und trotzdem von Arbeitslosigkeit und Altersarmut bedroht sind. Ob wir das schaffen? Es ist noch sehr früh, um das zu beantworten.

Das Interview führte Moritz Krawinkel

Alternative Medien sind selten in Brasilien, angesichts einer von Monopolen geprägten Medienlandschaft aber umso wichtiger. Der medico-Partner Outras Palavras analysiert die Entwicklung im Land, bringt internationale Themen nach Brasilien und befördert die Debatte um andere Wirtschaftsmodelle.

Spendenstichwort: Brasilien

Trost, Hilfe, Widerstand

Sierra Leone: Der medico-Partner NEAS setzt sich auch direkt am Flughafen von Freetown für aus Europa Abgeschobene ein

Von Tejan Lamboi

Die Abschiebung des 32-jährigen Ismail Sankoh von England nach Sierra Leone verlief alles andere als reibungslos. Ende 2015 brachte ihn eine Maschine nach Freetown. Dort angekommen, konnte er aber die Behörden davon überzeugen, dass seine Abschiebepapiere ungültig sind. So kam es, dass er nach England „rückrückgeführt“ wurde. Ein Jahr verging, bis er wieder in eine Chartermaschine gezwungen wurde und erneut in Sierra Leone landete. Am Flughafen wehrte er sich nach Kräften. „Ich schrie und tobte, so dass Polizisten und Soldaten herbeigerufen wurden. Aber sie verstanden auch, warum ich mich so wehrte. Zumindest ließen sie mich gehen“, erzählt er. Er war frei, aber auch am Ende. Wohin sollte er gehen und was sollte er tun? „Ich war total verwirrt, in mich gekehrt und traumatisiert.“ Doch dann bekam er unerwarteten Besuch. Mitglieder der Selbsthilfeorganisation Network of Ex-Asylum Seekers (NEAS) suchten ihn auf. „Sie boten mir an, zu ihnen ins Büro zu kommen. Sie sprachen auch mit meiner Familie und erklärten ihnen, wie dringend ich ihre Unterstützung brauchte.“ Nach vielen vergeblichen Anläufen traute sich Ismail Sankoh schließlich, die Einladung anzunehmen – und vieles veränderte sich. „Mich

mit Menschen auszutauschen, die dasselbe erlebt haben, war heilsam.“ Er fand Trost – und er beschloss, etwas zu unternehmen. Heute ist er selbst Mitglied von NEAS.

Sieben Jahre ist es her, dass Menschen, deren Versuche in Europa ein besseres Leben zu finden, brutal zerschellt sind, NEAS gegründet haben. „Wir sind illegalisiert und kriminalisiert worden. Wir wurden mit Gewalt abgeschoben – einige kamen in Handschellen, andere schwer misshandelt hier an“, erklärt Mac Adams Karma stellvertretend für alle anderen. „Hier in Sierra Leone haben wir uns zusammengeslossen, um mit dieser schwierigen Situation umzugehen.“ Sie haben sich gegenseitig zugehört und geholfen, die traumatischen Erfahrungen zu verarbeiten. Hierzu zählte auch Zurückweisung, die viele in ihren Familien und Freundeskreisen anfangs erlebt haben. Noch heute ist es ein zentraler Teil der Arbeit, vor Ort darüber aufzuklären, dass man nicht deshalb abgeschoben wird, weil man in Europa etwas verbrochen hat. Nach und nach hat NEAS Tabus gebrochen und die Stille um die Abschiebungen erfolgreich gestört. So haben die Aktivisten die Verstrickung der eigenen Behörden



Die Rückkehr nach Sierra Leone ist für keinen der Abgeschobenen aus Europa einfach. Ismail Sankoh, aus England abgeschoben, arbeitet inzwischen mit bei NEAS.

aufgezeigt. Und dank ihrer Informationen aus erster Hand haben sie schwere Menschenrechtsverstöße in den Abschiebegefängnissen und Chartermaschinen öffentlich gemacht.

Emotionale Rückkehr

Sechs Jahre nach der Gründung von NEAS kehren die Mitglieder wieder an jenen Ort zurück, an dem sie selbst schwere Stunden erlebt haben. Seither fahren sie regelmäßig von der Hauptstadt aus zu der nahen Küstenstadt Lungi an den Freetown International Airport. Hier suchen sie das Gespräch mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Migrationsbehörden und

der Sicherheitsdienste. Und sie gehen auf neu angekommene Abgeschobene zu. Diese Besuche am Flughafen rufen bei allen schmerzliche Erinnerungen an die eigene Geschichte wach. Vor allem die erste Rückkehr war für niemanden leicht. Aber es ist auch eine Möglichkeit. So erzählt Isamil Sankoh: „Damals war ich ein Opfer. Heute fahre ich als Aktivist gegen Abschiebungen dorthin. Ich will hier meinen Teil dazu beitragen, dass andere nicht dasselbe erleben müssen.“ Es gibt auch ermächtigende Momente: „Bei meiner ersten Rückkehr erkannten mich einige Flughafenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter. Sie erinnerten sich daran, wie ich mich zur Wehr gesetzt hatte. Wir machten zusammen Witze darüber. Einer sag-

te mir, dass er wüsste, dass ich kein gewalttätiger Mensch bin.“ Auch Abdulai Daramy, einer der Gründer von NEAS, der 2009 nach fast zehn Jahren in Hamburg abgeschoben worden war, räumt ein, dass die Aufenthalte am Flughafen ihn emotional fordern. Doch sie haben einiges verändert. „Als ich vor sieben Jahren hier ankam, dachte ich, dass alle Mitarbeitenden des Flughafens meine Abschiebung unterstützt haben. Im Laufe der Zeit habe ich ihnen erzählt, was mir widerfahren ist. Inzwischen ist so viel Vertrauen aufgebaut, dass wir mit den Zuständigen besprechen können, wie sich dieses und jenes verändern lässt. Das macht mich fast ein bisschen stolz.“

Tatsächlich hat die hartnäckige Arbeit von NEAS einiges bewegt. Kürzlich wurde der Gruppe vom Bezirksvorsteher Habib Kamara eine Fläche in der Nähe des Flughafeneingangs zur Verfügung gestellt. Hier haben sie ein großes Schild angebracht, auf dem sie ihren Widerstand gegen Abschiebungen kundtun und den ankommenden Deportierten ihre Unterstützung anbieten. Eine Ausnahme ist das nicht, die Arbeit von NEAS stößt vielerorts auf Verständnis und Sympathie, sei es beim örtlichen Jugendverband oder beim Flughafenpersonal, sei es bei eben jenem Habib Kamara. Dieser sagt: „Wir sehen das Leid der Deportierten und wir fühlen mit ihnen. Manche treffe ich später in unserem Viertel wieder; Fast alle sind traumatisiert, manche verrückt geworden. Es stranden auch viele Nigerianer, die hier niemanden kennen und nicht wissen, wohin sie sich wenden können.“

Umso wichtiger ist es, dass es NEAS nach langen Verhandlungen mit den Behörden gelungen ist, einen zentralen Kontaktmann am Flughafen zu schaffen. Neben seiner Arbeit als Spediteur koordiniert Mayu Kamara die Aktivitäten der Gruppe am Flughafen und stellt ihr auch sein Büro zur Verfügung. Vor allem aber

wird er informiert, wenn Abgeschobene ankommen. „Ich stelle dann den Kontakt zur Gruppe in Freetown her und kann auch ihre Freilassung unterschreiben. Das ist ein großer Fortschritt. Macht das niemand, kann es passieren, dass Abgeschobene mehrere Tage lang am Flughafen eingesperrt bleiben.“

Erfolge und Ambivalenzen

Solche Erfolge werden von NEAS kritisch reflektiert. So gibt es Bedenken, ob die eigene Arbeit zu einem reibungsloseren Ablauf der Abschiebemaschinerie beiträgt. Dieser Widerspruch lasse sich aber nicht auflösen. Abdulai Daramy sagt es so: „Ohne uns würde es keine Abschiebung weniger geben. Wir sehen es als unsere Verantwortung an, uns um unsere Brüder und Schwestern zu kümmern. Tun wir es nicht, würden einige von ihnen vor die Hunde gehen. Wir können ihnen helfen – und gemeinsam werden wir stärker. Am Ende des Tages können wir so das ganze System der Abschiebungen besser bekämpfen.“

Gleichzeitig wissen sie, dass ihre Ressourcen begrenzt sind – vor allem dabei, Neuangekommenen auf Dauer beizustehen. Das zeigt das Beispiel von Philip Conteh. Der 60-jährige ehemalige Soldat hat Sierra Leone bereits 1984 verlassen und nach einer langen Odyssee zuletzt viele Jahre ohne Aufenthaltserlaubnis in den USA gelebt. Am 30. Juni 2016 wurde er von dort abgeschoben – nach 32 Jahren war er wieder zurück in Sierra Leone. Dank der Vermittlung des Kontaktmanns am Flughafen fand er den Weg ins Büro von NEAS. Während er seine Leidensgeschichte erzählte, strömten dem gestandenen Mann die Tränen über das Gesicht. Er fand Verständnis und Trost. Die Schwierigkeit besteht aber darin, dass NEAS ihm kaum bei der Bewältigung des Alltags helfen kann. Wie die meisten anderen Deportier-

ten steht er vor zahlreichen Problemen: Wo kann er unterkommen? Wovon soll er leben? Hinzu kommen gesundheitliche Probleme. Er ist Diabetiker, hat aber kein Geld, um das dringend nötige Insulin zu besorgen.

Trotz oder gerade wegen solcher Härten werden die Aktivistinnen und Aktivisten von NEAS weitermachen und ihre Stimmen so lange gegen die Ungerechtigkeiten erheben, bis sie gehört werden. Um das zu erreichen, suchen sie immer weiter Gespräche, sei es am Flughafen, mit Regierungsstellen oder der nationalen Menschenrechtskommission. So machen sie zwar kleine, aber beständige Schritte in ihrem

Kampf gegen ein unmenschliches System, dessen Opfer sie selbst einst gewesen sind.

Tejan Lamboi hat NEAS mitgegründet und lebt in Berlin.

medico unterstützt seit vielen Jahren die Arbeit von NEAS in Sierra Leone. Diese Zusammenarbeit ermöglicht auch Einblicke in das Schicksal der Opfer jener Politik, die hierzulande sinkende Flüchtlings- und steigende „Rückführungszahlen“ feiert.

Spendenstichwort: Sierra Leone



Foto: medico

**Kein Durchkommen:
Stacheldraht an der
griechisch-mazedonischen
Grenze.**

ABSCHOTTUNGSOFFENSIVE

Zurückweisungen und Abschiebungen steigen drastisch

Als „Zurückweisung“ gilt, wenn die Polizei Einreisewillige bereits an der Grenze abweist. Abschiebungen hingegen werden bei Flüchtlingen durchgeführt, die Asyl beantragt haben und abgelehnt wurden. In beiden Bereichen sind die Zahlen in Deutschland in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen: Im ersten Halbjahr 2016 wurden 13.743 Menschen abgeschoben. Im ganzen Jahre 2015 waren es 20.888, bereits fast doppelt so viele wie 2014. An den Landesgrenzen oder an Flughäfen zurückgewiesen wurden von Januar bis Ende Juni mit 13.324 Menschen – die meisten aus Afghanistan, Syrien, Irak, Iran und Marokko – bereits deutlich mehr als im gesamten Vorjahr. Parallel wird weitere Handhabe geschaffen. So erleichtert das Anfang Juli 2016 im Deutschen Bundestag verabschiedete „Integrationsgesetz“ Abschiebungen: Bricht ein Flüchtling eine Berufsausbildung ab, gilt er als integrationsunwillig und riskiert die Abschiebung. Die EU-Kommission plant mit der Dublin-IV-Verordnung eine Verschärfung, die es etwa ermöglicht, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in das Ersteinreiseland „rückzuführen“. Dies ist bislang ausgeschlossen.

Rendite vor Ge- sundheit



TTIP & Co: Wie Freihandels- und Investitionsschutzabkommen die globale Gesundheit ruinieren

Von Anne Jung

Jüngst sorgte ein Gerichtsurteil für internationales Aufsehen: Geklagt hatte der Tabakriese Philip Morris gegen die Regierung Uruguays. Mit einem Gesetz zum Nichtrauchererschutz habe diese das in einem Freihandelsabkommen verankerte Recht des Unternehmens auf Profit verletzt. Doch nach mehrjähriger Prozessdauer schmetterte das zuständige Schiedsgericht die Klage ab. „Es ist nicht zulässig, kommerzielle Aspekte über die Verteidigung der Grundrechte auf Leben und Gesundheit zu stellen“, so die Begründung. „Wir haben einen Präzedenzfall geschaffen“, jubelte Uruguays linksgerichteter Präsident Tabaré Vázquez. Im Wirtschaftsteil vieler Zeitungen wurde das Urteil als Beleg dafür genommen, dass sich Freihandels- und Investitionsschutzabkommen über private Schiedsgerichte doch demokratisch kontrollieren lassen. Zu Recht? Keineswegs. Der Skandal besteht darin, dass ein Gerichtsverfahren überhaupt zugelassen wurde, in dem darüber entschieden wurde, ob eine Regierung die Gesundheit ihrer Bevölkerung schützen darf. Genau darum geht es auch in den Debatten um TTIP & Co.

Wenn man diesen geplanten transatlantischen Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU eines zugutehalten kann, dann das: Es hat Millionen Menschen für so komplexe Themen wie Freihandel und Investorenschutz und dafür, wie solche Abkommen die Demokratie zugunsten von Profitinteressen aushöhlen können, sensibilisiert. Mit der ständig wach-

senden Protestbewegung ist deutlich geworden, dass in den Freihandelsabkommen sehr grundsätzlich um den Gegensatz zwischen dem Recht auf universellen Zugang zu Gesundheit und einem Recht von Unternehmen, Konzernen und Investoren auf Profit gerungen wird.

Abkommen sichern Dominanz

Freihandelsabkommen sind keine neue Erfindung, im Gegenteil. So drängen die westlichen Industriestaaten im Kontext der WTO die Länder des Südens seit Jahrzehnten dazu, ihre Märkte zu öffnen und Handelshemmnisse abzubauen. Heute haben mehr als 180 Länder über 3.200 solche Abkommen geschlossen. Die größten Nutznießer sind transnationale Konzerne, da sie durch die Verträge ungehinderten Zugang zu Rohstoffen, billiger Arbeitskraft und lukrativen Absatzmärkten erhalten. Der Abbau von Zöllen, Subventionen, Exportsteuern und Ausfuhrbeschränkungen hat die Arbeitsteilung zementiert, wonach die Länder des Südens ihre Bodenschätze zu für sie nachteiligen Bedingungen unverarbeitet exportieren, während der Großteil der Verarbeitung und damit der Wertschöpfung in den Ländern des Nordens erfolgt. Können traditionelle Bereiche der heimischen Wirtschaft mit den Importwaren – beispielsweise subventionierte Agrarerzeugnisse aus Europa – nicht mithalten, sinkt die Wirtschaftskraft und es kommt zu einer Spirale

aus Einkommenserrosion und Deindustrialisierung. In Kombination mit Steuervergünstigungen verkleinern Freihandelsabkommen den fiskalischen Spielraum armer Länder und erschweren Investitionen der öffentlichen Hand in Wirtschaftsentwicklung und Daseinsfürsorge. Diese Abhängigkeit trägt auch dazu bei, dass sie keine Infrastruktur mit hohen Arbeits-, Gesundheits-, Umwelt- und Sozialstandards aufbauen.

Schiedsgerichte schaffen Paralleljustiz

Freihandelsabkommen wirken sich etwa dadurch auf die globale Gesundheit aus, dass sie Produktions- und Konsumgewohnheiten verändern. Das zeigt das Beispiel Mexiko. Das Land hat unzählige Freihandels- und Investitionsabkommen geschlossen, darunter 1994 das größte: Seit NAFTA zwischen den USA, Kanada und Mexiko in Kraft getreten ist, haben industrielle Fertigprodukte und überzuckerte Softdrinks den mexikanischen Markt überschwemmt. Mexiko ist Weltmeister beim Konsum von Coca Cola und anderen Softdrinks. Auch dadurch ist die Zahl stark übergewichtiger Menschen so stark gewachsen wie nirgendwo sonst auf der Welt. Knapp 70 Prozent der Gesamtbevölkerung leiden an Übergewicht, 14 Prozent der Erwachsenen an Diabetes, Zehntausende sterben daran.

Doch NAFTA befeuert nicht nur solche negative gesundheitlichen Entwicklungen – es verhindert auch Gegenmaßnahmen. 2001 etwa belegte die mexikanische Regierung alle Produkte, die den gesundheitsschädlichen Maissirup Isoglucose enthielten, mit einer Strafsteuer. Der Zuckerersatz, der noch schneller dick machen soll als herkömmlicher Zucker, wurde in großem Stil von den USA eingeführt. Auf Grundlage des NAFTA-Abkommens aber konnten

US-Unternehmen gegen das Verbot klagen. Sie bekamen Recht und Mexiko musste Entschädigung in Millionenhöhe zahlen.

„Es geht in dieser Welt etwas auf fundamentale Weise schief“, sagt die Generaldirektorin der WHO, Margaret Chan, „wenn Unternehmen politische Maßnahmen anfechten können, die die Öffentlichkeit vor gesundheitsgefährdenden Produkten schützen sollen.“ Tatsächlich ermöglichen es die in Freihandelsabkommen verankerten Investitionsschutzklauseln transnationalen Konzernen, immer dann gegen Staaten zu klagen, wenn diese Gesetze zum Verbraucher- oder Gesundheitsschutz der Bevölkerung einführen möchten, die potenziell die Gewinnerwartungen verringern können. Über solche Klagen entscheiden Schiedsgerichte. Diese bestehen nicht aus unabhängigen Richtern, sondern aus von den Streitparteien ernannten privaten Anwälten. Diese prüfen allein auf Grundlage des jeweiligen Investitionsschutzabkommens, ob die Maßnahmen eines Staates mit den Investorenrechten im Einklang stehen. Investoren haben hier grundsätzlich nur Rechte, aber keine Pflichten – etwa zur Einhaltung von Menschenrechten oder Umwelt- und Sozialstandards.

Zwei Drittel der Klagen richten sich gegen Schwellen- und Entwicklungsländer, 85 Prozent der Kläger kommen aus reichen Ländern. Auch wenn es in der aktuellen TTIP-Debatte anders erscheint: Deutschland gehört zu den Pionieren, aktivsten Betreibern und bislang größten Nutznießern von Schiedsgerichten. Oft geklagt wird zum Beispiel von der Pharmabranche. Der Patentschutz treibt die potenziellen Gewinnerwartungen teils in unermessliche Höhen, während er in ärmeren Ländern eine Versorgung mit lebenswichtigen Medikamenten gegen Krebs, Zuckerkrankheit, Aids oder Hepatitis C vielfach unerschwinglich macht. Mit Kampagnen haben Protestbewegungen

wie die lang von medico unterstützte Treatment Action Campaign erreicht, dass patentgeschützte Medikamente in armen Ländern günstiger produziert oder importiert werden dürfen. Diese Errungenschaften drohen allerdings mit dem Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen EU und Kanada (CETA) verloren zu gehen.

Politik entmachtet sich selbst

In der breiten Öffentlichkeit haben Freihandelsabkommen hierzulande erst für größeres Aufsehen gesorgt, als sich die Klagen mit TTIP nicht nur gegen Regierungen der Länder des Südens, sondern auch gegen europäische Regierungen richteten oder zu richten drohten.

Die Politik selbst ist es, die das parlamentarische Prinzip der öffentlich kontrollierten politischen Entscheidungsfindung zugunsten von privaten Renditeinteressen bewusst beschneidet und sich ihrer eigenen politischen Gestaltungsmöglichkeiten beraubt. Gegen diese Politik von Selbstentmachtung und Unternehmensbegünstigung gilt es den Protest zu richten! Das wahrscheinliche Scheitern von TTIP kann dabei nur der Anfang des Protests gegen zahlreiche andere Abkommen sein, mit denen der Westen seine wirtschaftliche Dominanz sichert und dabei Kollateralschäden für die globale Gesundheit billigend in Kauf nimmt.

Der Beitrag basiert auf der gerade erschienenen Broschüre „Recht auf Profit? Wie Investitionsschutz- und Freihandelsabkommen Armut, Hunger und Krankheit fördern“ (s. rechts).



Warum schädigt neoliberaler Freihandel die Gesundheit? Welche Erfahrung mit Freihandelsabkommen und ihren gesundheitlichen Auswirkungen gibt es bereits? In welcher historischen Tradition der Herrschaftssicherung stehen TTIP und CETA? Diese und viele andere Fragen beantwortet die Broschüre „Recht auf Profit?“, herausgegeben von medico international und dem Forum Umwelt und Entwicklung, recherchiert und geschrieben von der Journalistin und Buchautorin Kathrin Hartmann.

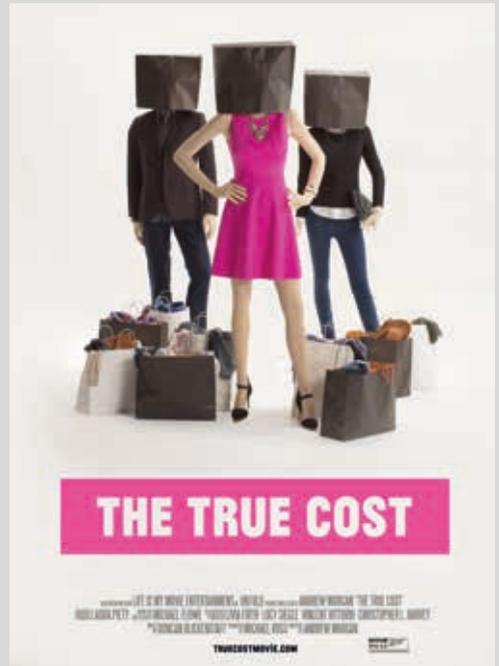
Die Broschüre findet sich in digitaler Form unter www.medico.de/freihandel. Die Druckversion kann auch bestellt werden – auf der Webseite oder mit dem Bestellcoupon auf Seite 45.

medico aktiv

Der wahre Preis

Filmveranstaltung über die Ausbeutung in der Textilindustrie

Wenn medico und das Entwicklungspolitische Netzwerk Hessen am 21. September 2016 (um 19 Uhr) im Frankfurter Haus am Dom den Film „True Cost“ vorführen, zeigen wir ihn schon das dritte Mal. Jeweils mit der Unterstützung lokaler Partner lief der Film – „eine umfassende, herzzereißende und vernichtende Bestandsaufnahme der Bekleidungsindustrie“ (CNN) – bereits in Esslingen und Marburg. Die Säle waren voll, die anschließende Diskussion bewegt und länger als nach 90 Filmminuten gedacht. „Der Film ist einer der besten politischen Filme, die ich je gesehen habe“, sagt Thomas Seibert, der die Vorführungen für medico begleitet: „Regisseur Andrew Morgan hat auf der ganzen Welt gedreht, hat auf seinen Reisen erschütternde Bilder eingefangen und all die Leute zum Sprechen gebracht, die man dazu einfach hören muss: mutige Arbeiterinnen und einen über sein Geschäft ver-



zweifelten Unternehmer aus Bangladesch, Fair-Trade-Aktivisten, Berufszyniker aus europäischen Chefetagen, kluge Modemacherinnen und ein Ökonom aus New York, der am Schluss die Systemfrage stellt.“

Der Film wird in Deutschland von dem Verleih Grandfilm vertrieben. medico kommt gerne mit und informiert über den laufenden Prozess gegen KiK.

Rasthaus und Karawane

Berlin: Tagung über Flüchtlingsunterstützung in Europa und Mexiko

Seit der offiziellen Schließung der Balkanroute ist Belgrad wieder zu einer wichtigen Drehscheibe für Flüchtlinge geworden. Täglich kommen Hunderte in der serbischen Hauptstadt an. Viele haben auf der Reise schlimme Gewalterfahrungen gemacht, Raubüberfälle oder brutale Rückschiebungen durch den Grenzschutz erlebt. Ihnen wenigstens für kurze Zeit Schutz und Ruhe zu bieten, ist das Ziel des von medico unterstützten Rasthauses in Belgrad. In dem Hostel finden sie einen Ort, an dem sie sich ausruhen können, bevor sie bei dem Versuch weiterzukommen, tage- oder wochenlang unter miserablen Bedingungen an den Transitzonen vor der ungarischen Grenze warten müssen. „Für das

Recht auf legale Wege“ heißt auch die Tagung, die medico international gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung, dem Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung und borderline europe am 18. Oktober 2016 in Berlin ausgerichtet. Es geht um praktische Solidarität in globaler Perspektive. medico-Partner wie Moving Europe, die Migrantenherberge La 72 sowie Marta Sánchez von der Organisatorin der Karawane der mittelamerikanischen Mütter werden von ihrer Unterstützung für Geflüchtete in Mexiko und Europa berichten. Die leitende Frage: Wie lassen sich konkrete Hilfe leisten und gleichzeitig die Grenzregimes der EU und der USA in die Verantwortung für eine Politik nehmen, die diese Hilfe nötig macht?

www.medico.de/rasthaus

www.medico.de/termine

Kobanê in São Paulo

Partner in Brasilien zeigt die Rojava-Ausstellung von medico

Schon lange kooperiert medico international mit der Bundesschule der brasilianischen Landlosenbewegung MST in der Nähe von São Paulo. An diesem besonderen Ort lernen nicht nur brasilianische Aktivistinnen und Aktivisten alles, was man zum Thema Agrarreform und Nahrungsmittelsouveränität wissen muss. Vielmehr durchlaufen Menschen aus vielen Ländern der Welt die Programme von politischer Bildung bis Ökoanbau. Es ist ein Ort gelebter Solidarität, der auch eine konkrete Praxis des solidarischen Umgangs hat, so antirassistisch wie antipatriarchalisch. 100 Ha-

itanerinnen und Haitianer haben das ein Jahr lang erlebt, damals finanziert mit Spenden von medico. Nun wird ein neues Kapitel der länderübergreifenden Zusammenarbeit aufgeschlagen: die medico-Ausstellung „Back to Rojava“ mit Bildern von Mark Mühlhaus, die gerade viel gefragt durch Deutschland tourt (ab 16. September 2016 in der Stadtbibliothek Herrenberg), wird demnächst auch in der MST-Schule zu sehen sein. Das ausführliche Begleitheft mit Informationen über die Kurden in Rojava und die syrische Situation wurde ins Portugiesische übersetzt und auf Plakatformat gebracht. Und so ist wieder eine Brücke im Netz globaler Solidarität geschlagen.

www.medico.de/backtorojava



1



2



3



4



5



6



7

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt. Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundschreiben-Abonnement, die medico-Stichworte, die Kampagnenflyer aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: Unter www.medico.de/material finden Sie die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen. **Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. [069] 944 38-0 zur Verfügung.**

Materialliste:**1 Stiftung medico international**

[28 S.] Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.

2 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft

[24 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen inklusive weiterführender Adressen.

3 medico-Jahresbericht 2015

[44 S.] Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht

4 Hilfe im Handgemenge

[Faltblatt] Partnerschaft braucht Solidarität: medico international kurz vorgestellt – mit Projektbeispielen aus Israel/ Palästina, Guatemala, Simbabwe, Somalia, Südasien und Zentralamerika. Auch zum Weiterverteilen.

5 Das Recht zu bleiben, das Recht zu gehen

DIN A1-Plakat zum Thema Flucht und Migration. Entgegen der fortlaufenden Entrechtung der Flüchtenden wollen wir die Intrechtssetzung der durch Krieg und Armut Bedrohten mit diesem Plakat deutlich machen. Mitgefühl ist ein Anfang, die Durchsetzung universeller Menschenrechte das Ziel. In DIN A2 auch in Englisch, Spanisch, Französisch und Arabisch erhältlich. Dazu gibt es einen deutschsprachigen Flyer mit medico-Projektbeispielen.

6 Das beste Hotel Europas

[DIN A2] Das Plakat können Sie kostenlos bei uns bestellen. Damit es unversehrt bei Ihnen ankommt, verschicken wir es in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende sehr freuen. Spendenstichwort: Flucht und Migration

7 Warum Menschen fliehen

[32 S.] Mit dieser Broschüre möchten wir dazu anregen, bei der Rede über Fluchtursachen und ihre Bekämpfung genau hinzuhören. Wir möchten Material liefern für informierte, reflektierte und engagierte Beiträge zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Flucht und Migration, die hierzulande zunehmend von Angst und Ausgrenzung bestimmt ist. Herausgegeben von medico international und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Ohne Abb.: Flyer „Cool, aber tödlich“ mit Aufklebern

4-seitiger Flyer mit jeweils 6 Stickern. Eine Aktion der Kampagne für Saubere Kleidung und medico international.

Ich bestelle:

- _____ Broschüre: stiftung medico international
 _____ Broschüre zu Testament und Erbschaft
 _____ medico-Jahresbericht 2015
 _____ Faltblatt: Hilfe im Handgemenge
 _____ DIN A1 Plakat: Für das Recht zu bleiben
 _____ Faltblatt: Für das Recht zu bleiben
 _____ DIN A2 Plakat: Bestes Hotel Europas
 _____ Broschüre: Warum Menschen fliehen
 _____ Flyer + Aufkleber: Cool, aber tödlich
 _____ Broschüre: Recht auf Profit?

Anzahl

Name

Straße

Ort

Meine Spendennummer

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen
 dass einmalig eine
 Spende in Höhe von _____ € von
 meinem Bankkonto abgebucht wird.

IBAN

BANK

BIC

Datum

Unterschrift

**Bitte einsenden an
 medico international**

Burgstraße 106

D-60389 Frankfurt am Main
 oder faxen an [069] 43 60 02

Spendeninformation

Die Hilfe, die medico im weltweiten Handgemenge leistet, braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen.

Spenden und Schenken – Sie können die Arbeit von medico durch Spenden unterstützen. Freie Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Projektpartner hierdurch unabhängig arbeiten und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Projektland oder Thema als Stichwort versehen. Dann verwenden wir Ihren Beitrag ausschließlich für entsprechende Projekte. Nutzen Sie auch Anlässe wie Geburtstage, Hochzeiten und andere Feste und unterstützen Sie medico! Sie können selbst eine Spende verschenken oder sich Spenden statt Geschenken wünschen.

Fördermitgliedschaft – Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen medico, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen und sichern die Unabhängigkeit unserer Arbeit. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mindestens 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro.

Spendenquittung – medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung. Haben Sie mehr als einmal im Jahr gespendet oder spenden Sie regelmäßig, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Spendenkonto – medico international,
Spendenkonto BIC: HELADEF1822,
IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00



Zustiftungen – Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens Projekte von medico. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: Es gibt verschiedene Formen, zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter.

Marek Arlt und Tanja Villinger

Allgemeine Anfragen, auch Beratung zur Fördermitgliedschaft und Spenden zu einem Jubiläum, Geburtstag, Trauerfall o.ä.
Tel.: (069) 944 38-0 | E-Mail: info@medico.de

Gudrun Kortas

Beratung zu Spendenaktionen für einzelne Projekte, Zustiftungen oder Testamentsspenden,
Tel.: (069) 944 38-28 | E-Mail: kortas@medico.de

Eine Bitte: Informieren Sie uns, wenn sich Ihre Adresse oder Bankverbindung ändert, unter Nennung Ihrer alten Anschrift. So bleiben wir in Verbindung.

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit Ihrer Solidarität unterstützen.

www.medico.de/spenden

Impressum

Herausgeber:
medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main
Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002
E-Mail: info@medico.de
Homepage: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Thomas Gebauer, Moritz Krawinkel, Christian Sälzer
Korrektorat: Marek Arlt
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

Eine Veranstaltung der Deutschen Plattform für Globale Gesundheit

Krankes System?

Perspektiven für eine gerechte
Gesundheitspolitik

Montag 10.10.2016 – 17.00-20.00 Uhr

Veranstaltungsort: DGB-Bundesvorstand,
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin

Vortrag von Prof. Desmond McNeill, Lancet - University of Oslo
Commission on Global Governance for Health zu den politischen
Ursachen gesundheitlicher Ungleichheit

weitere Beiträge u.a. von: Knut Lambertin (DGB), Anne Jung (medico),
Manfred Fiedler (attac) u.v.m.



Weltrisikobericht 2016

Jedes Jahr veröffentlicht das Bündnis Entwicklung Hilft (BEH), dem auch medico international angehört, gemeinsam mit dem Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit der Universität der Vereinten Nationen (UNU-EHS) einen Weltrisikobericht. Dieses Jahr beschäftigt sich der Bericht mit Fragen der Infrastruktur und Logistik.

Der ausführliche Bericht mit vielen Länderbeispielen kann bei medico international oder dem BEH in Berlin bestellt werden.

*„In Syrien rollten wir im Gras,
spielten unter Bäumen. Dann
begann der Krieg und wir aßen
ihre Blätter. Wir gingen in den
Libanon. Hier sind wir einge-
schlossen zwischen erstickenden
Wänden.“ Safaa*

Amel, unser Partner im Libanon, stellt die Gesundheitsversorgung Tausender libanesischer und syrischer Familien sicher. medico unterstützt diese Arbeit mit Mitteln des Auswärtigen Amtes. In einem Fotoprojekt ermöglicht Amel zusammen mit dem Künstlerkollektiv Jungleye den syrischen Geflüchteten, ihre Realität zu zeigen. In Workshops lernen sie den Umgang mit der Kamera und erzählen ihre Geschichten vom Überleben in den Flüchtlingswohnungen Beiruts.

Mehr Fotos auf www.medico.de/jungleye



medico international

Bétoul lebt nach der Flucht aus Syrien zusammen mit ihrer Familie in einem heruntergekommenen Haus in Burj el Barajneh, Beirut.